Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeister-Ämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Nordschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parras.

Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 329 | Montag, den 26. November | Jahrgang 1928

Das zerrissene sächsische Kabinett.

Von unserem Dresdener Mitarbeiter.

) **Dresden**, 24. November.

In der sächsischen Politik wird in allernächster Zeit eine bedeutsame Aenderung vor sich gehen. Der jetzige Kultusminister Dr. Kaiser tritt mit Ablauf dieses Jahres von seinem Posten zurück. Er behält zwar sein Mandat als Abgeordneter unter der Deutschen Volkspartei bei, übernimmt aber im übrigen eine Direktorstellung bei der Sächsischen Bodenkreditanstalt in Dresden. Damit wird einer der wichtigsten Ministerposten im sächsischen Kabinett frei, und man rechnet damit, daß bei der Neubesetzung dieses Postens alle Meinungsverschiedenheiten der jetzigen Regierungsparteien, die gerade im Jahre 1928 sehr bedeutend geworden sind, erneut und offen zum Ausbruch kommen.

Der jetzige Kultusminister, der ein sehr eifriger Liberaler und Volksparteiler ist, übernahm s. Zt. das Erbe des bekannten radikalen Kultusministers Fleißner. Unter Fleißner hatten die kulturellen Belange Sachsens einen argen Rückfall erlitten, und vor allem die Zustände in den Schulen spotteten jeder Beschreibung. Die sog. Versuchsschulen, in denen die „freie Entwicklung" der Kinder der oberste Grundsatz war, und in denen im Durchschnitt nicht die Lehrer sondern die Kinder den Ton angaben, wuchsen über Nacht aus dem Boden. Der religiöse Geist in fast allen Volksschulen Sachsens (ausgenommen in den wenigen katholischen Schulen) schwand natürlich von Tag zu Tag, denn sämtliche konfessionellen Schulen (ausgenommen wieder die paar katholischen) waren nach der Revolution in Gemeinschaftsschulen umgewandelt worden, in denen die Religion eine Nebensache wurde.

Diese Mißstände zu beseitigen, wäre die Aufgabe des Kultusministers Dr. Kaiser gewesen. So weit sein liberaler und volksparteilicher Standpunkt ihm die Richtlinien gab, hat er die Aufgabe zu einem bedeutenden Teil erfüllt. Das sächsische Schulwesen ist in diesem Sinne wieder in ruhigere Bahnen hineingelenkt worden, und der vor kurzem herausgegebene Landeslehrplan verfolgte das Ziel, eine großzügige Reform durchzuführen. Die liberalen Kreise Sachsens haben dem Minister reichliches Lob gespendet. Damit ist aber auch schon angedeutet, was in Sachsen nicht erfüllt wurde. Vom Standpunkt des Christentums und speziell des Katholizismus wäre sehr vieles zu erörtern. Es sei hier nur daran erinnert, daß gerade durch den letzten Landeslehrplan offiziell und allgemeinverbindlich die Zahl der Religionsstunden auf zwei Wochenstunden festgesetzt wurde, in denen durchschnittlich nur noch biblischer Geschichtsunterricht gegeben werden kann, also nicht einmal mehr Katechismusunterricht.

Wird bei dem bevorstehenden Wechsel die Situation für die christlich gesinnte Bevölkerung Sachsens eine Besserung erfahren? — Die Deutsche Volkspartei wird natürlich das Ministerium weiter für sich beanspruchen, und es ist auch schon ein neuer Mann namhaft gemacht worden. Jedoch gerade bei diesem Streit um die Nachfolgeschaft erkennt man bereits heute aus der Stellungnahme der einzelnen Parteien, eine wie hohe Bedeutung jede Partei diesem Ministerium beilegt und sich bemüht, es für sich zu erobern. Nirgends ging ja das Streben der Politiker so stark auf die Beherrschung der kulturellen Faktoren des Volkes als hier in Sachsen. Sie wußten sehr genau, daß die politischen Ziele dann ganz von selbst erreicht werden, wenn man das tägliche private und öffentliche Leben mit all seinen Sitten, Gebräuchen und Tendenzen beherrscht. Das wußten die Sozialdemokraten unter Fleißner, und das wußte der Liberalismus unter Kaiser. Eine Beeinflussung von seiten einer mittleren Regierungspartei wie die des Zentrums gibt es ja in Sachsen nicht, und so wird auch in nächster Zukunft nicht allzu viel in Kulturangelegenheiten geändert werden. Freilich treten die Deutschnationalen, die ja für das sächsische Volk die einzige maßgebende Partei bedeuten, die das Reichsschulgesetz forderten, ebenfalls als Anwärter für das Kultusministerium auf. Die Wirtschaftspartei, die zwar auch für das Reichsschulgesetz eintrat, spielt in dieser Hinsicht keine bedeutende Rolle, da man sie in Weltanschauungsfragen nicht allzu ernst nimmt. Aber auch die Demokraten bewerben sich eifrigst. Jedoch diese Partei findet im sächsischen, noch christlich gesinnten Volk am wenigsten Anklang. Die radikalen Tendenzen, die in ihr vorherrschen, und die beispielsweise mehr mit den Linkssozialisten sympathisieren als mit den gemäßigten Altsozialisten, bieten durchaus keine Gewähr für eine tolerante Kulturpolitik. So bleiben in der Tat nur die Deutschnationalen übrig, die den Interessen des Volkes unter den gegebenen Umständen noch am meisten gerecht würden.

Neben dieser Spezialfrage nach der Uebernahme des Kultusministeriums spielt die andere Frage, ob die Neubesetzung dieses Postens überhaupt ohne weitgehende Umbildung oder sogar ohne eine ganz ernste Kabinettskrise vor sich gehen wird, eine ebenso große Rolle. Es ist schon sehr auffallend, daß ein Kultusminister sozusagen mitten in der Saison einfach sein Amt niederlegt und sich um einen Privatposten bei einer Aktiengesellschaft bemüht. Abgesehen von der Fahnenflucht, die ganz offensichtlich in dieser Handlungsweise liegt, und die auch von einem Teil der sächsischen Presse gebührend hervorgehoben wird, spielt doch auf der anderen Seite der Gedanke an die gefährdete Stellung des jetzigen Kabinetts die Hauptrolle. Der Parteitag der Altsozialisten, der am letzten Sonntag in Dresden stattfand, hat erneut bewiesen, daß die Altsozialisten als Regierungspartei nicht gewillt sind, irgendetwas von ihren jetzigen Vorteilen zugunsten anderer Regierungsparteien abzutreten. Gerade hier liegt aber der Kernpunkt der ganzen Krise. Wenn man im Jahre 1926 nach der Landtagswahl den Altsozialisten zwei Ministerien mit dem Präsidium übertrug, trotzdem sie von 96 Abgeordnetensitzen nur 4 innehaben, so geschah das damals unter dem Zwang des Augenblicks. Die bürgerlichen Parteien mußten ein Kabinett bilden und konnten es nur mit Hilfe der Altsozialisten. Man hoffte damals, daß in einem späteren Zeitpunkt, wenn auch die Deutschnationalen ihren Eintritt in die Regierung vollzögen, die Altsozialisten von selbst zum mindesten auf ein Ministerium verzichteten. Aber der erfolgte Eintritt der Deutschnationalen änderte nichts an der starren Haltung der Altsozialisten, und man mußte ihnen die zwei Ministerien und den Ministerpräsidentenposten lassen. Das war die zweite Etappe, die sehr viel böses Blut machte. Dann aber kam noch eine dritte Etappe: die Reichstagswahl. Als bei dieser Wahl die A. S. P. im ganzen Reich nicht einen einzigen Abgeordneten durchbrachte und in ganz Sachsen nur so viel Stimmen erzielte, daß sie anstatt für die bisherigen vier nur noch gerade für einen Abgeordneten reichten, da wurden sofort erneut die Stimmen laut, die jetzt endlich einen Verzicht der Altsozialisten auf ihre zwei Ministerposten forderten. Aber auch dieser Appell blieb ohne Erfolg. Der Erfolg bestand nur in der größeren Verschärfung der Gegensätze unter den Regierungsparteien, und besonders die Demokraten bildeten sich zu den heftigsten Gegnern aus. Nur das drohende Gespenst einer Landtagsauflösung hielt die Parteien immer noch zusammen.

Zu diesen Konflikten aber ist dann noch ein neuer gekommen. Sachsen trat mit dem Plan einer großzügigen Verwaltungsreform an die Oeffentlichkeit. Sämtliche Regierungsparteien stimmten einer Reform in den Grundzügen zu, wenngleich ihre Meinung in den Einzelfragen erheblich auseinanderging. Aber die Altsozialisten traten auch bei dieser Gelegenheit wieder als Sonderpartei auf. Was sie an der geplanten Reform für gut befanden, war nicht viel. Natürlich widerstrebten sie vor allem der Herabsetzung der Abgeordnetenzahl von 96 auf 48 und der Verminderung der sieben Ministerien auf vier. Und doch schreien die Zustände gerade in verwaltungstechnischer Hinsicht zum Himmel. Was in dieser Beziehung täglich an menschlicher Arbeitskraft, an Zeit und Geld in Sachsen verschleudert wird, ist unglaublich. Der ganze Apparat mit seinen Amtshauptmannschaften, Kreishauptmannschaften usw. ist vollkommen überlebt und veraltet. Der einfachste Laie erkennt das in Sachsen. Aber ausgerechnet die Sozialdemokratie, die hier sonst so viel von Ordnung und Sparen spricht, widersetzt sich. Die radikale Sozialdemokratie hat noch aus ihrer früheren Glanzzeit eine große Menge von Funktionären in diesen Verwaltungen sitzen, und die Altsozialisten haben ihren Anteil daran. Auf dem jetzigen Parteitag der Altsozialisten hat ihr Referent erneut so weitgehend sich gegen eine Reform ausgesprochen, daß in der Tat nichts mehr zu reformieren übrig bliebe.

Alle Mißtrauensanträge der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen die Regierung sind bis jetzt im Landtag abgewiesen worden. Aber damit war die eigentliche Krise innerhalb der regierenden Parteien selbst noch lange nicht beseitigt. Man bewahrt nach außen hin die Geschlossenheit, aber im Innern sind die Kräfte so gehemmt, daß die Arbeit in ganz bedenklichem Maße darunter leidet. Das ist das Ungesunde im jetzigen politischen Leben Sachsens, daß die eigentlich notwendige Staatsarbeit nur zu einem geringen Teil geleistet werden kann, weil man suchen muß, daß zunächst und zuerst die Parteien nicht auseinanderfallen. Es scheint aber, daß die A. S. P. ihre Hartnäckigkeit durchaus nicht aufgeben will, und man kommt allmählich zu der Auffassung, als ob sie selbst an ihre kommende Bedeutung im nächsten Landtag nicht mehr glaube, daß sie dafür aber alle Positionen bis zu den nächsten Wahlen vollkommen ausnutzen will.

Ob nun wirklich diese innere Zerrissenheit im Kabinett noch während der ganzen Amtsperiode des jetzigen Landtags fortdauern soll, das ist die schwerwiegende Frage. Die bürgerlichen Parteien erkennen wohl, daß sie mit einer Unfruchtbarkeit in der Regierungsarbeit zugleich auch ihrer Partei selbst schaden und die Wählerschaft abstoßen. Dieses Moment ist vor allem bei den Demokraten sehr stark, und es ist durchaus kein Zufall, daß die Radikalisierungstendenzen in dieser Partei so stark geworden sind. Man will sich einen Ausgleich schaffen. Was man auf der einen Seite durch die Teilnahme an der Regierung an Prestige in der Oeffentlichkeit einbüßt, das will man auf der anderen Seite durch eine Annäherung an die sozialdemokratischen Tendenzen wiedergewinnen. Das heißt: die Demokraten hoffen durch solche Methoden, die in sich sehr unrühmlich sind, größere Wählermassen zu gewinnen.

Von demokratischer Seite wird darum auch am ehesten eine ernsthafte Krise und eine Neugestaltung der Regierungsverhältnisse herbeigeführt werden. Das Ausscheiden des jetzigen Kultusministers und die Verhandlungen um die Neubesetzung des wichtigsten aller sächsischen Ministerposten bietet dazu eine ausgezeichnete Gelegenheit.

Erfolg der Gewerkschaften vor dem Landesarbeitsgericht.

Der Schiedsspruch ist gültig.

Duisburg, 24. Nov. In der Berufungsverhandlung der Feststellungsklage in der Nordwestlichen Gruppe vor dem hiesigen Arbeitsgericht verkündete der Vorsitzende, Oberlandesgerichtsrat Dr. Kramer, nach etwa zweistündiger Beratung des Gerichts, folgendes Urteil:

Auf die Berufung der Beklagten wird das Urteil vom 12. November dahin abgeändert: Die Klage wird abgewiesen und der Kläger verurteilt, die Kosten zu tragen. Der Wert des Objektes wird auf eine Million Mark festgesetzt.

★

Die Urteilsbegründung.

× **Duisburg**, 23. Nov. Die Begründung des Urteils des Landesarbeitsgerichts hat folgenden Wortlaut: „Das Gericht ist zu folgender Auffassung gekommen:

1. Das Gericht war der Auffassung, daß § 21, Absatz 5, der Ausführungsbestimmungen zur Schlichtungsverordnung sich im Rahmen des Paragraphen 5, Absatz 4, der Schlichtungsverordnung vom 30. Oktober 1923 bewegt, durch dessen Bestimmung erst abweichend von der bisherigen Regelung des Schlichtungswesens der Kammer aufgegeben war, einen Schiedsspruch zu fällen, falls keine Einigung unter den Parteien zustande kommen sollte. Der Staat wollte einen unparteiischen Vorsitzenden bestellen. Das ist ein vom Staat gewollter Akt, um nicht nur einen Einfluß auf die Lohnpolitik zu bekommen, sondern auch im Interesse des Staates selbst. Ist das richtig, mußte die Schlichtungskammer zu einem Spruch kommen. Der vorgeschriebene Begriff der kollegialen Entscheidung steht nur im Gegensatz zu bürokratischer Ordnung, wo ein Beamter allein eine Entscheidung fällen konnte. Kollegial bedeutet in diesem Sinne, daß nach außen ein Kollegium entscheidet, nach innen aber die Bindung besteht. Deshalb konnte die Klage keinen Erfolg haben. Es ist auch weiter zu beachten, daß ein Spruch, der vom Vorsitzenden verkündet wurde, von ihm als Organ der Kammer verkündet wurde. Darum ist der Schiedsspruch in der Welt. Diese Tatsache kann es auch nicht aus der Welt schaffen, wenn der Schiedsspruch nicht vorschriftsmäßig verkündet sein sollte. Auf keinen Fall kann die Frage der Willensbildung nach innen vom Gericht geprüft werden. Deshalb ist auch der Akt in der Welt und zu achten.

2. Das Gericht hat sich der Meinung des Kommentatoren Dersch angeschlossen. Die Tatsache, daß ein Tarifvertrag noch besteht, schließt nicht aus, daß neue Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages eingeleitet werden. Im Einzelfall einen Schiedsspruch nicht fällen zu können, würde eine Ohnmacht des Staates darstellen. Das Gesamtinteresse des Staates erfordert es, ein Verfahren einzuleiten mit dem Ziel des Abschlusses eines anderen Tarifvertrages. Gerade die tarifliche Schlichtung erfordert die Pflicht, Tarife abzuschließen, nötigenfalls im Wege des Schiedsspruches.

Das Gericht verkennt nicht, daß die Auffassung des Reichsarbeitsgerichtes eine andere ist. Ebenso wird in der Literatur eine andere Auffassung vertreten. Aber das Gericht stützt sich in diesem Fall auf die Auslegung des Kommentatoren Dersch.

Die Frage, ob der Schiedsspruch einen Einbruch in einen bestehenden Tarifvertrag darstellt, ist nicht zu erörtern.

Das Gericht hat sich aber dennoch mit der Frage befaßt, um nicht eine Zurückweisung in die erste Instanz herbeizuführen. Das Gericht hat auch noch geprüft, ob ein Einbruch in einen bestehenden Rahmentarif vorliegt. Bezüglich des Akkordes liegt ein Einbruch vor, weil Art. 9 des Rahmentarifes normative Bestimmungen enthält.

Das Gericht kam auf Grund dieser Erwägungen zu dem bereits mitgeteilten Urteil."

(Ueber den Gang der Verhandlung berichten wir an anderer Stelle.)

★

Revision beim Reichsarbeitsgericht.

Düsseldorf, 24. Nov. Unter der Ueberschrift: „Landesarbeitsgericht gegen Reichsarbeitsgericht" übergibt der Arbeitgeberverband Nordwest der Presse folgende Mitteilung:

„Das Landesarbeitsgericht Duisburg hat festgestellt, daß ein tatsächlicher Einbruch in den Rahmentarif durch beide Bestimmungen des Lohnschiedsspruchs erfolgt ist. Es hat aber die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts nicht anerkannt; es hat vielmehr unter Ablehnung des vom Reichsarbeitsgericht aufgestellten Rechtsgrundsatzes auch ein Schlichtungsverfahren für zulässig gehalten über Fragen, die noch in einem bestehenden Tarifvertrag geregelt sind. In der mündlichen Begründung hat das Landesarbeitsgericht in Konsequenz dieser Rechtsansicht gefordert, daß ein Schlichtungsverfahren auch nach einem verbindlich erklärten Schiedsspruch erneut von Amts wegen aufgenommen werden könne, wenn Streit über den Inhalt des durch verbindlich erklärten Schiedsspruch zustande gekommenen Tarifvertrags bestehe. Diese der herrschenden Ansicht in Literatur und Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts widersprechende Rechtsanschauung, die der Richter ausdrücklich bei der mündlichen Begründung betonte, mußte daher zur Abweisung der Klage führen. Der Arbeitgeberverband wird selbstverständlich sofort Revision beim Reichsarbeitsgericht einlegen, um so mehr, als auch das Berufungsgericht den Einbruch in den noch bestehenden Rahmentarif durch den Lohnschiedsspruch ausdrücklich festgestellt hat und damit die Rechtsauffassung der Unternehmer in dem entscheidenden Punkt bestätigt. Im übrigen bleibt festzustellen, daß sich sowohl nach der rechtlichen wie nach der wirtschaftlichen Seite hin nichts geändert hat."

★

Fortsetzung der Einigungsbemühungen.

() **Düsseldorf, 25. Nov.** Wie auf Anfrage mitgeteilt wird, hat der Düsseldorfer Regierungspräsident Bergemann die Absicht, die Parteien am Montag einzeln zu sich zu bitten, um durch diese Besprechungen nach Möglichkeit die Grundlage zu weiteren Einigungsverhandlungen im Eisenkonflikt zu schaffen.

Einstellung des Landesverratsverfahrens gegen Goldmann und Dietz.

Auf Grund des Amnestiegesetzes.

Von unserer Berliner Redaktion.

⊙ **Berlin, 25. November (Drahtb.).**

◇ **Berlin**, 24. Nov. Das Landesverratsverfahren gegen den Studienassessor Dr. Dietz und den Studienrat Dr. Goldmann ist auf Grund des Amnestiegesetzes vom 14. Juli 1928 auf Kosten der Staatskasse eingestellt worden.

Bekanntlich war im Jahre 1927 bei dem Studienassessor Dietz wie bei einer Reihe anderer Personen eine Haussuchung vorgenommen worden. Dabei wurden seine gesamten Akten beschlagnahmt. Darunter befanden sich drei Briefe und zwar einer an die amerikanische Botschaft in Berlin, einer an den früheren Zentrumsabgeordneten Dr. Fleischer und ein Brief an Studienrat Dr. Goldmann. In diesen Briefen handelte es sich um ein Angebot an die amerikanische Botschaft, eine Erfindung auf ballistischem Gebiet zu erwerben. Der Oberreichsanwalt erblickte darin eine landesverräterische Handlung und erließ eines Tages Haftbefehle gegen Dietz und Goldmann. Umfangreiche Gutachten des Reichswehrministeriums wurden eingefordert, und schließlich hob das Reichsgericht in einem Haftprüfungstermin den Haftbefehl auf, da der Verdacht eines Verbrechens nicht mehr als gegeben angenommen werde. Im Januar wurde die Anklageschrift zugestellt und sie sollte vor dem Schöffengericht Berlin verhandelt werden. Zu dieser Verhandlung ist es nicht mehr gekommen. Vielmehr ist durch einen gestern zugestellten Beschluß des Amtsgerichts Berlin-Mitte das Verfahren gegen Dietz und Dr. Goldmann auf Grund des § 2 des Amnestiegesetzes vom 14. Juli 1928 auf Kosten der Staatskasse eingestellt worden.

Die Deutschnationalen gegen den Luther-Bund.

Berlin, 24. Nov. Die Landtagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei hat zu den Vorschlägen des Bundes zur Erneuerung des Reichs eine Entschließung gefaßt, in der sie die Vorschläge dieses Bundes „rückhaltlos als nicht aufbauend, sondern weiter niederreißend" ablehnt.

Parteileitung und Reichstagsfraktion werden ersucht, in der Oeffentlichkeit Klarheit darüber zu schaffen, daß Dr. Luther und sein Bund auf diesem Weg und mit solchen Plänen nicht auf die Zustimmung der Deutschnationalen Volkspartei und ihrer Fraktion rechnen können.

Eine peinliche Verwechslung.

Ein Brief, der an die falsche Adresse gelangt.

Weimar, 24. Nov. Dieser Tage erhielt der thüringische Landtagspräsident Hermann Leber einen Brief mit der Ueberschrift „Lieber Genosse Fritz!" Leber war darüber sehr erstaunt und noch mehr über den Inhalt. Heute gab Präsident Leber im Landtag den Empfang dieses Briefes bekannt, in dem Aufforderungen zu gesetzwidrigen Handlungen standen. Daraufhin trat sofort der Aeltestenrat zusammen und beschloß, daß jede Fraktion eine Abschrift des Briefes erhalten solle. Das Schreiben, das infolge einer Verwechslung der Briefumschläge an den falschen Adressaten gelangt und eigentlich an den kommunistischen Landtagsabgeordneten Zimmermann gerichtet war, gibt Aufschluß über den rücksichtslosen Kampf zwischen dem rechten und dem linken Flügel innerhalb der Kommunistischen Partei und zeigt, mit welchen widerwärtigen Mitteln gekämpft wird. Der linke Flügel der Partei in Gotha hat einen Plan ausgesonnen, um die Mitglieder der zum rechten Flügel gehörigen Unterbezirksleitung in die Hände der Polizei zu treiben. Zum 1. Mai nächsten Jahres soll eine Demonstration veranstaltet werden, mit der Bezirksleitung an der Spitze. Sobald der Zug zum Rathaus in Gotha kommt, soll ein „linker" Genosse der Polizei melden, daß die Führer bewaffnet seien und eine Sprengung beabsichtigten. Bei dem Zusammenstoß mit der Polizei müssen die Mitglieder der Unterbezirksleitung „erledigt" werden. Der Schreiber des Briefes, der radikale Parteifunktionär Pfaff aus Jena, weist für seine eigene Person den Vorwurf zurück, daß er beim Waffenkauf 1923 in Suhl 3000 Dollar unterschlagen habe; diese Schweinerei, schreibt er, hätte ein anderer Genosse begangen. Die Kommunisten, die sich bis zum Bekanntwerden des Briefes auf das hohe Pferd gesetzt hatten, wurden sehr kleinlaut und betreten.

Keine Biersteuererhöhung.

Unter dieser Ueberschrift wird der „Bayrischen Volkspartei-Correspondenz" von gut unterrichteter, besonderer Seite unter anderem geschrieben: Es läßt sich nicht feststellen, von wem die vermutlichen Pläne des Reichsfinanzministeriums betreffend Erhöhung der Biersteuer ausgegangen sind. Von amtlicher Stelle wird aufs bestimmteste versichert, daß man sich überhaupt noch nicht mit den einzelnen Plänen der Steuererhöhung befaßt hat. Der Reichsfinanzminister selbst hat nie ein Wort nach der einen oder anderen Richtung verlauten lassen. Es wäre auch schwer verständlich, wenn der Reichsfinanzminister, der der Sozialdemokratie angehört, besonders dem süddeutschen und bayerischen Volke und den Arbeitern eine derartige unsoziale Massenbelastung, gerade des kleinen Mannes, zumuten würde. Eine solche Zumutung müßte sich ja geradezu katastrophal auswirken. Die kleine Lohnsteuersenkung vom 1. Oktober hat dem gutbezahlten Durchschnittsarbeiter höchstens eine steuerliche Entlastung von 60 Pfennigen im Monat gebracht, währenddem die nach Pressemeldungen geplante Biersteuererhöhung einen monatlichen Mehraufwand von sicherlich 5—6 Mark für die Arbeiterfamilie bedeuten würde. Für eine solch unsoziale Tat kann sich niemand hergeben.

Für die einer Biersteuererhöhung letzten Endes abholde Stellung des Reichsfinanzministers dürfte auch maßgebend sein, daß die im Flusse befindlichen Reparationsverhandlungen von der Seite der Kriegslasten her die unerläßliche Entlastung für das deutsche Volk bringen müssen. Die derzeitige schon unerträgliche Steuerlast des in neuer Wirtschaftskrisis befindlichen deutschen Volkes läßt neue Massensteuern nicht zu. Das sehen selbst Sachverständige des Auslandes ein.

Polnische Armeeflugzeuge über deutschem Gebiet.

• **Meseritz, 24. Nov.** Gestern mittag gegen 2 Uhr wurden südlich von Meseritz drei Flugzeuge beobachtet, die von Westen kommend der polnischen Grenze zustrebten. Wie jetzt festgestellt wurde, handelte es sich um polnische Armeeflugzeuge. Sie flogen dicht hintereinander. An den Abzeichen waren sie als solche deutlich zu erkennen. Wie weit die polnischen Flieger im Innern Deutschlands waren, ist zur Zeit noch nicht festgestellt.

Das Befinden des Königs von England.

○ **London, 24. Nov.** Um Mitternacht wurde im Buckingham-Palast von maßgebender Seite mitgeteilt, daß die Besserung im Befinden des Königs anhält. Als allgemein beruhigend wirkte es bei der Menge, daß bei der Ablösung der Wache die Regimentsmusik, die gestern während des Regens ausgefallen war, wieder spielte, und daß die Königin heute nachmittag einem Konzert in der Albert-Hall beiwohnte. Als die Königin Buckingham-Palace verließ, sowie bei Betreten der königlichen Loge in der Albert-Hall erhielt sie warme Sympathie-Kundgebungen. Der Prinz von Wales wird sich nicht, wie zuerst beabsichtigt, weiter in das Innere Afrikas begeben, sondern sich in einem der Häfen, wahrscheinlich Dares-Salam, aufhalten, um bei einer Verschlimmerung des Zustandes des Königs sofort die Rückreise antreten zu können. Von Dares-Salam würde der Prinz London in acht bis zehn Tagen erreichen können.

Kleine politische Nachrichten.

Ablösung von französischen Verwaltungsbeamten in Elsaß-Lothringen.

:: **Paris, 25. Nov.** „Oeuvre" glaubt mitteilen zu können, der gestrige Kabinettsrat habe einstimmig beschlossen, daß in Elsaß-Lothringen diejenigen Beamten der Präfekturverwaltung, die nicht der deutschen Sprache mächtig sind, abgelöst werden. Gemäß diesem allgemeinen Beschluß werden der Präfekt des Departements Unterelsaß Borromée und die Mehrzahl der Unterpräfekten demnächst ersetzt werden. Dagegen werde der Präfekt des Departements Oberelsaß, Susini, in Kolmar auf seinem Posten bleiben.

Chamberlain nach London zurückgekehrt.

× **London, 25. Nov.** Staatssekretär des Auswärtigen Chamberlain ist heute, von seiner Erholungsreise nach Amerika zurückkehrend, mit seinen Familienangehörigen wieder in London eingetroffen. Chamberlain, der sehr viel besser aussah als vor seiner Abreise, lehnte es ab, sich den Pressevertretern gegenüber über Fragen der auswärtigen Politik zu äußern, er erklärte, daß sein Gesundheitszustand sich außerordentlich gebessert habe und daß er beabsichtige, seine Tätigkeit im Auswärtigen Amt am Dienstag oder Mittwoch der kommenden Woche aufzunehmen.

Deutsche Volkspartei und Große Koalition.

Die Preußenfrage.

Thiel im Parteivorstand.

× **Berlin, 24. Nov.** Die Sonnabendsitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei wurde von Dr. Scholz eröffnet. In den Parteivorstand, dem ohne weiteres Dr. Stresemann, die Vorsitzenden der Fraktionen im Reichstag, im Preußischen Landtag und im Staatsrat Dr. Scholz, Stendel und Dr. Jarres, sowie der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses angehören, wurden gewählt: Dauch-Hamburg, Hembeck-Lüdenscheid, Dr. Kalle-Frankfurt a. M., Frau Mende-Berlin, Dr. Moldenhauer-Köln, Dr. von Strauß-Berlin und Thiel-Berlin. Sodann erstattete Reichsaußenminister Dr. Stresemann einen kurzen Vortrag über die innen- und außenpolitische Lage, in dem er die wichtigsten Probleme zur Aussprache stellte.

Als erster Redner nahm dann Landtagsabgeordneter Stendel das Wort. Die preußische Landtagsfraktion, so führte er aus, steht einmütig auf dem Standpunkt, daß wir die Große Koalition in Preußen wollen, wenn wir sie unter tragbaren Bedingungen haben können. Wir freuen uns, daß die Reichstagsfraktion den gleichen Standpunkt einnimmt. Der Angelpunkt für die Lösung der Koalitionsfrage liegt im Reich. Dort braucht man uns zur Bildung der Koalition. In Preußen kann man möglicherweise ohne uns auskommen. In klarer Erkenntnis dieser Tatsache hat die Reichstagsfraktion gleichzeitige und gleichartige Regierungsbildungen gefordert. Die Entwicklung hat gezeigt, daß auch in Preußen große Aufgaben nicht durchgeführt werden konnten, weil hinter der Regierung keine feste Mehrheit steht. Wir werden, so erklärte der Redner, die Entwicklung im Reiche abwarten und zugegebener Zeit unseren ganzen Einfluß einsetzen, um zu einer Regierungserweiterung auch in Preußen zu kommen. Der Redner wandte sich dann der Konkordatsfrage zu und betonte, daß die Deutsche Volkspartei dafür eintrete, die zu regelnden Fragen nicht in der Form eines Konkordats, sondern im Wege einer Vereinbarung einer Lösung entgegenzuführen. Unter keinen Umständen dürften Schulfragen Gegenstand solcher Vereinbarungen werden, denn sie seien rein inländische Angelegenheiten.

Im Namen der ostdeutschen Arbeitsgemeinschaft der Partei begründete Schwendy-Breslau eine Entschließung, in der u. a. von der Partei eine Initiative für den deutschen Osten gewünscht wird. Auch für die Agrarpolitik sollten neue Richtlinien aufgestellt werden. Wenz-Bielefeld begründete einen Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses zur Ausarbeitung eines Arbeitsprogramms für die Deutsche Volkspartei.

Dr. Jänicke-Hannover betonte, die Transferklausel müsse unbedingt aufrechterhalten werden. Der Redner erklärte, er sei nicht grundsätzlicher Gegner der Großen Koalition, aber die zu anderen Parteien bestehenden großen grundsätzlichen Gegensätze dürften nicht verschleiert, sondern müßten ausgekämpft werden. Bei der Arbeitslosenversicherung müsse die Bedürfnisprüfung wieder durchgeführt werden. Das bisherige Schlichtungssystem sei nicht aufrecht zu erhalten. Die steuerliche Belastung der Wirtschaft dürfe unter keinen Umständen im bisherigen Tempo weitergehen. Große Beunruhigung habe der im Reichsfinanzministerium aufgetauchte Plan einer 25%igen Erbschaftssteuer erregt. Keiner denke an die Abschaffung der Verhältniswahl, aber die Wahlbezirke müßten kleiner gemacht werden. Notwendig sei ein stärkerer Widerstand gegen die Machtpolitik der preußischen Koalitionsregierung in der Verwaltung.

Major a. D. Gilsa erstattete als Verbindungsmann des „Stahlhelm" Bericht über die letzten Verhandlungen mit dieser Organisation. Er führte aus: Der Austritt der Abgeordneten aus dem „Stahlhelm" war richtig, aber ebenso richtig war es, daß unsere Parteimitglieder im Lande im „Stahlhelm" bleiben unter der Voraussetzung, daß sie dafür sorgen, daß der „Stahlhelm" ein Verhalten an den Tag legt, das sich mit unserer Parteizugehörigkeit vereinbaren läßt.

Abg. Dr. Kriege begrüßte im Auftrage der ostdeutschen Arbeitsgemeinschaft die Entschließung zur Konkordatsfrage. Er habe den Austritt der Partei aus der preußischen Regierung für einen Fehler gehalten. Es wäre aber ein viel schlimmerer Fehler, wenn man, um in die Regierung einzutreten, nun etwas annehmen würde, das ganze Generationen fesselt. (Beifall.)

Damit war die Aussprache über die politische Lage beendet.

*

Stresemann über die politischen Tagesfragen.

◆ **Berlin, 24. Nov.** Der Parteivorsitzende, Reichsaußenminister Dr. Stresemann, wies in seinem Bericht über die politische Lage zunächst die Auffassung zurück, daß man sich nicht an der Reichsregierung beteiligen, sondern der Sozialdemokratie allein die Verantwortung hätte überlassen sollen. Wenn das Bürgertum, so führte Stresemann u. a. aus, heute jede Arbeitsgemeinschaft mit der Sozialdemokratie ablehnen würde, so würde es selbst die Schuld an der Radikalisierung der Sozialdemokratie und an der Stärkung der Kommunisten tragen. Wir haben das größte Interesse daran, daß der staatsbürgerliche Gedanke in der Sozialdemokratie gestärkt wird. Allerdings ist unser Zusammengehen mit den Sozialdemokraten ebenso eine reine Vernunftehe wie mit den Deutschnationalen.

Der Minister besprach dann die Kritik an dem parlamentarischen System und betonte, daß man aus dem Amt des Reichspräsidenten stets das machen könne, was die Persönlichkeit des Reichspräsidenten aus dieser Stellung selbst mache. Man habe in der Tat gesehen, daß der Monarch eines Staates, dessen Verfassung ihm eigentlich nur eine dekorative Stellung zuwies, tatsächlich die Weltpolitik maßgebend beeinflußt habe, während andere Monarchen mit unbeschränkter Machtbefugnis nur die Marionette ihrer Umgebung waren.

Die Auseinandersetzung mit dem Stahlhelm sei erfolgt wegen jener Stahlhelmsbotschaften, in denen der Haß gegenüber dem heutigen Staate zum Ausdruck gebracht wurde. Bezüglich der Verbesserung der heutigen parlamentarischen Verhältnisse forderte Dr. Stresemann besonders, daß die Immunität der Abgeordneten nicht zu einem völlig einseitigen Vorrecht gemacht werde. Insbesondere dürfe die Vorbereitung irgendwelcher Aktionen gegen den Staat nicht unter den Schutz der parlamentarischen Immunität gestellt werden. Er empfahl ferner eine Aenderung des Wahlrechtes, die die persönlichen Beziehungen des Abgeordneten zu seinen Wählern wiederherstellt. Unter Verkleinerung der Wahlkreise müsse aber das Verhältniswahlrecht aufrechterhalten werden.

Zur Frage des Einheitsstaates erklärte der Minister, man könne diese Frage nicht im Wege des Zwanges lösen. Auch vor Teillösungen würde man sich hüten. Wie einst der Zollverein das Deutsche Reich geschaffen habe, werde auch die Wucht der wirtschaftlichen Tatsachen die beste Förderung des Zusammenschlusses der Länder sein. Es sei unrichtig, daß die Kultur unter dem Aufgeben der Selbständigkeit einzelner Lnder leiden müsse.

Der Minister begrüßte die Anregung des Reichsjustizministers, den Begriff deutscher Staatsangehörigkeit gegenüber dem Auslande zu schaffen. Einmütig sei die Deutsche Volkspartei der Auffassung, daß eine Mitarbeit der Partei auch an der preußischen Regierung erwünscht ist. Diese Frage werde augenblicklich überschattet durch die Konkordatsverhandlungen, zu denen die Partei, die auf dem Boden religiöser Duldsamkeit und eines vernünftigen Ausgleichs stehe, Stellung nehmen müsse. Die Partei verlange die sinngemäße Anwendung auch auf die evangelische Landeskirche.

Bezügkich der Außenpolitik verwies der Minister auf seine letzten Erklärungen im Reichstag. Mit tiefem Bedauern, so betonte er, könne man die Auslassung der parteiamtlichen Mitteilungen der Deutschnationalen Volkspartei lesen, die davon spricht, daß in Paris und London Männer tätig seien, die zum Ausdruck brächten, daß das deutsche Nein nur ein verschleiertes Ja sei. Solche völlig unbegründeten Behauptungen seien eine schwere Schädigung der beginnenden Verhandlungen. Dr. Stresemann schloß seine Rede mit dem Appell, daß die Deutsche Volkspartei auch in Zukunft in ihrer Politik sich nicht von Schlagworten leiten lasse, sondern von nationaler und sittlicher Verantwortung.

*

Curtius über die Schwäche des deutschen Kapitalmarktes.

◆ **Berlin, 24. Nov.** Auf der Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei nahm am Sonnabend auch Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius das Wort zu einem Vortrage über das Thema: „Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik". Er wies zunächst die gegen die Reichsregierung erhobenen Vorwürfe zurück, die Regierung täusche sich und das Volk über den Ernst der Wirtschaftslage. Im gegenwärtigen Reichskabinett sei schon bei der Beratung der Regierungserklärung eine übereinstimmende Auffassung über das Nachlassen der Konjunktur vorhanden gewesen. Daher rühre die Ankündigung entschlossener Hilfsmaßnahmen, vor allem gegen die Krisengefahren in der Landwirtschaft und zum Schutze des Mittelstandes. Darauf sei auch der schwerwiegende Entschluß zurückzuführen, an die alsbaldige Endlösung der Reparationsfrage mit dem Ziel heranzutreten, nur eine solche Lösung anzunehmen, die die Erfüllung bestehen bleibender Verpflichtungen aus eigener Kraft ohne Gefährdung der Lebenshaltung des deutschen Volkes gewährleistet. Die Schwäche der deutschen Kapitalversorgung beruhe auf Faktoren, die noch auf lange Zeit hinaus ihre Wirkung ausüben müßten. Die außerordentlich schlechten Zinssätze seien keine vorübergehende Erscheinung. Es dürfe nicht vergessen werden, daß Deutschland vor dem Kriege für 25 Milliarden Mark Auslandanlagen besessen habe. Man müsse sich vergegenwärtigen, daß die Finanzierung der Aufnahme des natürlichen arbeitsfähigen Bevölkerungszuwachses in den seit der Inflation vergangenen Jahren auf 18 Milliarden Mark geschätzt werde. Man müsse sich ferner klarmachen, daß Rationalisierung und Modernisierung der deutschen Landwirtschaft viele Milliarden erforderten. Die Aktivierung unserer Handelsbilanz zur Ermöglichung der Zahlung unserer Verpflichtungen aus dem Ueberschuß der Wirtschaft erfordere eine so gewaltige Steigerung der Ausfuhr, daß auch hierfür Riesenkapitalien notwendig seien.

So rücke die Frage der Deckung unseres Kapitalbedarfes in den Mittelpunkt der von den Sachverständigen für die Endlösung der Reparationsfrage anzustellenden Untersuchungen und gleichzeitig in den Mittelpunkt der deutschen Wirtschaftspolitik überhaupt. In der Unterstützung der Außenpolitik liege eine Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik. Auf dem Gebiete von Kali und Chemie sowie der internationalen Rohstahlgemeinschaft, vor allem aber durch den Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrages sei in dieser Richtung bereits vorgearbeitet worden. In der Wiedererschließung der östlichen Märkte erblicke die Wirtschaftspolitik ebenfalls eines ihrer wichtigsten Ziele. Auch die Pflege des Binnenmarktes sei nicht vernachlässigt worden.

Der Minister ließ sich alsdann über die verschiedenen Maßnahmen zur Erleichterung der Wirtschaft auf allen wichtigen Gebieten aus. Erfolgreicher Wettbewerb mit der ausländischen Erzeugung sei nur möglich, wenn die Herstellungskosten nicht aus dem Rahmen der Weltwirtschaft herausfielen. Die Aufteilung wirtschaftlicher Zuständigkeiten auf verschiedene Reichsministerien, auf Länderregierungen und Behörden sowie autonome Körperschaften bringe die Gefahr der Zersplitterung und den Mangel an Einheitlichkeit mit sich. Dem müsse entgegengewirkt werden. Im Interesse der Einheitlichkeit liege auch eine umfassende Unterrichtung über das in der Zentrale zusammenlaufende Nachrichtenmaterial des Auslandes, Förderung der Konjunkturforschung, Unterstützung des Statistischen Reichsamtes usw. Zum Schluß beschäftigte sich der Redner mit dem Programm der Deutschen Volkspartei und forderte Anpassung der Leitsätze an die moderne Wirtschaftsentwicklung.

In der Aussprache wünschte Abg. Thiel, Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Dienste des Vaterlandes zu vereinigen, und verlangte die Pflege berufsständischer Gedanken.

Reichstagsvizepräsident Freiherr von Kardorff erwiderte, einer berufsständischen Zersetzung der Partei müsse vorgebeugt werden. Wer die Lage der Wirtschaft hebe, verbessere damit auch die Lage der Arbeitnehmer.

Dr. Stresemann hob den Gegensatz der Interessen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Kampf um den Anteil an der Unternehmerrente hervor. Eine liberale Partei könne den Boden für einen Ausgleich in diesem Kampfe bilden. Darum wünsche er, daß in der Volkspartei auch die Arbeitnehmer mehr zu ihrem Recht kämen.

Einstimmig wurde eine Entschließung zur Wirtschaftspolitik angenommen, die eine Fortführung der bisherigen Politik der wirtschaftlichen Verständigung mit anderen Staaten, des Ausbaus des Handelsvertragssystems und der Mitwirkung an der Weltwirtschaftskonferenz fordert, in den Vordergrund aber die Mitwirkung an der Endlösung der Reparationsfrage stellt. Weiter wird rasche Hilfe für die Landwirtschaft und ein umfassendes Agrarprogramm, ferner Schutz des mittelständischen Gewerbes, namentlich gegen die öffentliche Hand, Erleichterung drückender Abgaben und Lasten, Pflege der Kapitalbildung und der Sparttigkeit verlangt. Außerdem wendet sich die Entschließung gegen die Zersplitterung der Zuständigkeiten der wirtschaftlichen Reichs- und Länderbehörden. Zum Schluß tritt sie für eine Entspannung der Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit ein, erblickt aber in der Wirtschaftsdemokratie nicht die geeignete Plattform.

In einer weiteren Entschließung bekennt sich die Partei zu einer entschiedenen Sozialpolitik, die nur auf der Grundlage einer gesunden Wirtschaft betrieben werden könne. Die Partei verlangt eine Aenderung des Schlichtungswesens, die die freie Vereinbarung gegenüber der bisherigen Schlichtungspraxis in den Vordergrund rückt. Reich und Staat dürften nicht parteitisch in Wirtschaftskämpfe eingreifen.

Mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland schloß Reichsminister a. D. Dr. Scholz die Tagung.

*

Entschließung zur Konkordatsfrage.

▲ **Berlin, 24. Nov.** Nach Beendigung der Aussprache über die politische Lage nahm der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei in seiner Sitzung am Sonnabend mehrere Entschließungen an, in denen es zu den Verhandlungen zwischen Staat und Kirche heißt: „Die Deutsche Volkspartei tritt nach ihrer Grundeinstellung für den konfessionellen Frieden zwischen allen Gliedern des Deutschen Volkes, insbesondere zwischen dem evangelischen und dem katholischen Teil ein. Die neuen Vereinbarungen mit dem Vatikan sollten nicht in der Form eines Konkordates, sondern in anderer Vertragsform zum Abschluß gebracht werden. Das seit einem Jahrhundert vertraglich festgelegte, dem konfessionellen Frieden dienende Gleichgewicht sei aufrecht zu erhalten. Bei der in Aussicht genommenen Neuregelung dürfe der bestehende Rechtszustand nicht zu Ungunsten des Staates verschoben werden. In oder neben den neuen Vereinbarungen dürften Abreden über die Schule nicht getroffen werden. Vor dem Inkrafttreten etwaiger neuer Vereinbarungen müsse die Gewährung sinnentsprechender Rechte an die evangelischen Landeskirchen Preußens unter Berücksichtigung ihrer Eigenart sichergestellt werden."

Raubmord auf einem französischen Dampfer.

— **Danzig, 25. Nov.** Auf dem gegenwärtig im Hafen liegenden französischen Dampfer „Deputé Pierre Goujon" fanden gestern mehrere Arbeiter beim Bunkern eine Leiche. Die polizeilichen Nachforschungen ergaben, daß es sich um den Händler Manche Sachs aus Turek bei Kalisch in Polen handelt. Sachs hatte die Absicht, als blinder Passagier mit dem Dampfer nach England zu reisen und sich deshalb mit einem Matrosen des Schiffes in Verbindung gesetzt. Allem Anschein nach sind der Matrose und Sachs in Streitigkeiten geraten, in deren Verlauf Sachs durch einen Schlag auf den Kopf getötet worden ist. Es ist auch möglich, daß der blinde Passagier auf dem Dampfer nachts im Schlaf überfallen und erschlagen worden ist. Er ist dann von dem Täter beraubt worden. Die Polizei hat mehrere Personen festgenommen.

Von Nah und Fern.

Schwerer Raubüberfall in der Altmark.

× **Magdeburg, 24. Nov.** Wie die Pressestelle des Polizeipräsidiums Magdeburg mitteilt, wurde am Freitag mittag die Gastwirtswitwe Mahrstedt in Lindtorf (Kreis Osterburg) im Hausflur ihres Gehöftes besinnungslos und stark blutend aufgefunden. Nach Lage der Sache wurde die Witwe auf dem Hofe von dem bisher noch unbekannten Täter überfallen und mit einem Beil niedergeschlagen. Die Tat ist anscheinend zwischen 8 und 9 Uhr ausgeführt worden. Als Täter kommt vermutlich ein Mann im Alter von 20 Jahren in Frage, der zusammen mit einem Anderen die Gastwirtschaft aufsuchte, um dort zu betteln. Gestohlen sind etwa 70 bis 80 ℳ Bargeld, teils Papier-, teils Hartgeld, aber hauptsächlich Kleingeld in 10 und 50 Pfennigstücken. Die schwerverletzte Frau wurde in hoffnungslosem Zustande in das Johanniter-Krankenhaus in Stendal eingeliefert.

Verhaftung zweier Mitglieder der Allgemeinen Arbeiterunion in München.

× **München, 24. Nov.** Durch die Ortsgruppe der Allgemeinen Arbeiterunion wurden Flugblätter hergestellt und verbreitet, die zur Bildung von Aktionsausschüssen und zum Vorgehen der Arbeiter gegen die Ausbeuter durch direkte Aktion, wie auch zum Kampf „Klasse gegen Klasse" aufforderten. Die Beschlagnahme der Flugblätter wurde gerichtlich angeordnet. Hersteller und Verbreiter, zwei Mitglieder der Ortsleitung der Allgemeinen Arbeiterunion, wurden gestern festgenommen. Eine für gestern abend von der Allgemeinen Arbeiterunion geplante Versammlung wurde verboten.

Schwerer Autounfall.

London, 24. Nov. Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Autoomnibus und einem Lastkraftwagen in der Nähe von Wheatley Hills wurden elf Personen verletzt, darunter zwei lebensgefährlich.

Verhaftung des Stadtrates von Tokio

Aufdeckung von großen Unterschlagungen.

:: **Tokio, 25. Nov.** Auf Befehl des japanischen Justizministers wurde der Stadtrat von Tokio verhaftet. Von amtlicher japanischer Seite wird hierzu erklärt, daß die Behörden Unterschlagungen angeblich in Höhe von zehn Millionen Yen aufgedeckt hätten. Unter den insgesamt 90 Verhafteten sollen sich bekannte japanische Politiker und Wirtschaftler befinden. Durch dieses Vorgehen hat Ministerpräsident Tanake anscheinend der Opposition einen neuen Schlag versetzen wollen.

Naturkatastrophe auf den Philippinen

— Newyork, 24. Nov. Nach Meldungen aus Manilla sind die Philippinen von einer furchtbaren Naturkatastrophe heimgesucht worden. Ein Taifun, der schwerste seit 50 Jahren, hat hunderte von Häusern zerstört. Nach den bisher vorliegenden Meldungen sind 10 000 Menschen obdachlos geworden. Gleichzeitig brachen mehrere Vulkane aus. Nähere Nachrichten fehlen noch.

Welches Kraftfahrzeug hat das Vorfahrtsrecht?

An der Kreuzung der Augusta- und Düppelstraße in Eberswalde stieß der Kraftwagenführer U. mit dem Motorrade des Gastwirts M. zusammen. Das Amtsgericht verurteilte U. zu einer Geldstrafe und sprach M. frei, weil der Kraftwagenführer U. dem Motorradfahrer die Vorfahrt hätte lassen müssen. Diese Entscheidung focht U. durch Revision beim Kammergericht an und betonte, die Vorentscheidung sei rechtsirrig und widerspruchsvoll. Der 3. Strafsenat des Kammergerichts hob auch die Vorentscheidung auf und wies die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Amtsgericht zurück, indem u. a. ausgeführt wurde, die Vorentscheidung verwechsle nach dem bei den Akten befindlichen Plan die Straßen, durch welche der Kraftwagenführer und der Motorradfahrer gefahren seien. Von entscheidender Bedeutung sei aber im vorliegenden Falle, ob der Kraftfahrzeugführer U. oder der Motorradfahrer M. das Vorfahrtsrecht gehabt habe. Nach § 21c der Kraftfahrzeugverordnung habe an Kreuzungen und Einmündung von Wegen, unbeschadet der von Polizeibeamten im Einzelfalle zu treffenden Anordnungen, das auf einem Hauptverkehrswege sich bewegende Kraftfahrzeug die Vorfahrt gegenüber dem aus einem Seitenwege kommenden Fahrzeug; sonst habe das von rechts kommende Fahrzeug die Vorfahrt. An erster Stelle sei zu prüfen, ob das Kraftfahrzeug von U. oder M. auf dem Hauptverkehrswege gefahren sei. Komme ein Hauptverkehrsweg nicht in Frage, so habe derjenige Kraftwagenführer das Recht der Vorfahrt, welcher von rechts gekommen sei. (3. S. 616. 28.)

Die Betrugsversuche mit der Kriegsanleihe.

Die Reichsregierung über die Strafverfolgungen.

In der dem Reichstag vorgelegten Denkschrift über die Ablösung der Markanleihen des Reiches werden auch eingehende Mitteilungen über die strafrechtlichen Verfolgungen gemacht.

Anzeigen an die Strafverfolgungsbehörden wurden nur erstattet, wenn begründete Aussicht auf Erfolg der Strafanzeige bestand. Der Nachweis des versuchten Betrugs war in den meisten Fällen nur schwer zu erbringen.

Strafanzeige ist, abgesehen von den noch zu erörternden Fällen, die mit der Strafsache gegen Kunert, Stinnes und Gen. verfolgt werden, gegen eine Geldanstalt und gegen 3 Privatpersonen wegen versuchten Betrugs oder Beihilfe zum versuchten Betrug erstattet worden. Keines dieser Verfahren hat zu einer Verurteilung geführt.

Ferner hat der Reichskommissiar folgende Fälle ermittelt, in denen ihm der Verdacht einer strafbaren Handlung vorzuliegen schien:

1. Im November 1926 wurden bei der Anleihealtbesitzstelle in Paris 6 Anleihealtbesitzanträge vier verschiedener Antragsteller, die sich auf Markanleihebeträge von 2 Millionen Mk., 3,5 Millionen Mk., 1,5 Millionen Mk., 1 Million Mk., 5 Millionen Mk. und 15 Millionen Mk. bezogen, eingereicht.

2. Im November 1926 beantragte eine französische Gesellschaft für 21 Millionen Mk. Markanleihen durch eine französische Vermittlungsstelle die Gewährung von Auslosungsrechten. In der Altbesitzbegründung erklärte sie, daß die Anleihen in der Zeit vom Januar bis April 1920 bei einer holländischen Bank gekauft seien und bei dieser Bank dauernd im Depot geblieben wären. Nachdem der Gesellschaft mitgeteilt worden war, daß sich schlüssiges Material für die Unrichtigkeit ihrer Angaben in den Händen der deutschen Behörden befindet, verzichtete diese am 3. Oktober 1927 auf alle Rechte aus den eingereichten Wertpapieren.

3. Im Februar 1927 wurde für eine französische Gesellschaft beim Reichsminister der Finanzen die nachträgliche Zulassung eines Altbesitzantrages über 25 Millionen Mark beantragt. Der Antrag ist am 21. März 1927 von dem Reichskommissar, an den er zur Entscheidung abgegeben war, zurückgewiesen. Der Antrag wurde am 26. März 1927 und am 17. August 1927 wiederholt und beide Male abgelehnt.

4. Im Mai 1926 beantragte eine Firma in Krakau bei dem Sonderkommissar in Posen die Gewährung von Auslosungsrechten für 4 850 000 Mk. Markanleihen. Zum Nachweis des Altbesitzcharakters fügte sie dem Antrage eine Kaufnote einer Bankfirma in Amsterdam vom 27. Februar 1920 sowie eine Stückekontobescheinigung für die Jahre 1920 bis 1925 bei. Der Reichskommissar lehnte den Antrag am 9. November 1927 ab. Eine Beschwerde ist nicht eingelegt.

5. Eine Firma in Krakau meldete im Mai 1926 2 705 000 Mk. Markanleihen im Altbesitzverfahren an mit der Behauptung, die Wertpapiere am 9. Februar 1920 von einer holländischen Firma (der gleichen wie im Falle 4) erworben zu haben. Der Reichskommissar lehnte den Antrag am 9. November 1927 ab. Eine Beschwerde ist nicht eingelegt.

6. Im September 1927 meldete ein Dr. G. bei dem Sonderkommissar in Posen Altbesitzanleihen im Betrage von 1 Million Mk. an. Er fügte eine Bescheinigung einer Krakauer Bank bei, daß die angemeldeten, nummermäßig aufgeführten Stücke bei ihr seit dem Februar 1920 im Depot des Antragsstellers gelegen hätten. Der Reichskommissar ermittelte, daß von den angebenen Stücken der größere Teil nach dem 1. Juli 1920 noch im Verkehr gewesen war und lehnte den Antrag am 2. Dezember 1927 ab. Die Reichsschuldenverwaltung verwarf eine hiergegen eingelegte Beschwerde.

7. Im Mai 1926 beantragte ein Kaufmann aus Krakau bei dem Sonderkommissar in Posen Auslosungsrechte für 2 600 000 Mk. preußische Konsols. Der Reichskommissar stellte fest, daß ein großer Teil der angemeldeten Stücke erst nach dem 30. Juni 1920 bei Umwandlung von Schuldbuchforderungen in Verkehr gegeben war und lehnte den Antrag am 6. Februar 1927 ab. Eine Beschwerde ist nicht eingelegt.

8. Eine holländische Firma meldete im März 1926 bei dem Sonderkommissar in Amsterdam 5 Millionen Mk. Preußische Konsols als Altbesitzanleihen an. Die Antragstellerin verweigerte die Bucheinsicht. Darauf lehnte der Reichskommissar am 27. April 1927 den Antrag ab.

9. Am Oktober 1926 meldeten zwei Brüder aus einer Stadt in Südfrankreich bei dem Sonderkommissar in Paris je 2 Millionen Mk. Markanleihen als Altbesitzanleihen an. In jedem der beiden Fälle wurde eine Originalkaufnote einer holländischen Bank aus dem März 1920 sowie für einen Antrag ein Schreiben dieser Bank an einen der Antragsteller nebst Nummernverzeichnis vorgelegt. Eine Entscheidung dieser Fälle ist noch nicht ergangen, da sich die Akten längere Zeit bei der Staatsanwaltschaft befanden.

10. Im März 1926 meldete ein Kaufmann in Charlottenburg für seinen Bruder in Amsterdam in Berlin 1 Million Mk. Reichsanleihen als Altbesitzanleihen an. Ein Amsterdamer Bankhaus bescheinigte, daß die eingereichten, nummernmäßig aufgeführten Stücke vom Januar 1920 bis Februar 1925 bei ihr für den Bruder des Antragstellers im Depot gelegen hätten. Die holländische Bankfirma verweigerte die Einsicht in ihre Bücher. Außerdem wurde festgestellt, daß der größte Teil der angemeldeten Stücke in dem Nummernverzeichnis der Reichsanleihe A—G aufgeführt war. Daher lehnte der Reichskommissar den Antrag ab.

Im März 1926 beantragte derselbe Kaufmann aus Charlottenburg für sich selbst Auslosungsrechte für 500 000 Mark Reichsanleihen. Da der Antrag verdächtig erschien, wurde der Antragsteiler vom Reichskommissar vorgeladen. Auf Grund der Vorkaltungen, die ihm gemacht wurden, nahm er seinen Antrag zurück.

11. Im November 1926 wurden bei der hiesigen für Rumänien eingerichteten Vermittlungsstelle (eine Vermittlungsstelle und eine Altbesitzstelle konnten in Rumänien selbst nicht eingerichtet werden) von rumänischen Banken und anderen rumänischen Firmen im ganzen sieben Altbesitzanträge über 2 720 000 Mk., 1 100 000 Mk., 5 115 000 Mk., 3 570 000 Mk., 450 000 Mk., 390 000 Mk., 280 000 Mk. Kriegsanleihen eingereicht. Die Anträge waren durch Urkunden rumänischer Gesellschaften und notariell beglaubigte Buchauszüge belegt. Der Reichskommissar stellte in allen Fällen fest, daß die angemeldeten Stücke zum größten Teil nach dem 1. Juli 1920 im Umlauf gewesen waren. Daraufhin nahm am 2. Aug. 1927 der Vertreter der Antragsteller die Anträge zurück.

Auf keinen dieser 24 Anträge, mit denen insgesamt 111 280 000 Mk. Altbesitzanleihe angemeldet worden sind, sind Auslosungsrechte zuerkannt. Ein Schaden des Reiches ist daher in den genannten Fällen nicht entstanden.

In einem weiteren Falle hatte eine holländische Gesellschaft 3 Millionen Markanleihen als Altbesitzanleihen angemeldet und den Antrag mit einer Originalkaufnote einer holländischen Bankfirma, mit einer Originalquittung über den Empfang des Kaufpreises und mit Kontoauszügen für die Zeit vom 6. Februar 1920 bis zum 31. März 1924 belegt. Der Reichskommissar beauftragte den Sonderkommissar in Amsterdam, die Bücher der bescheinigenden Bankfirma zu prüfen. Darauf bescheinigte ein holländischer Notar auf allen Originalschreiben der Bankfirma, daß sie mit dem Buchunterlagen übereinstimmten. Daraufhin sprach der Reichskommissar am 29. September 1926 der Antragstellerin 75 000 RM. Auslosungsrechte zu. Nachträglich sind Verdachtsgründe für eine betrügerische Antragstellung aufgetreten. Der Reichskommissar steht auf dem Standpunkt, daß zur Zeit ausreichende Gründe für eine Aufhebung der zuerkennenden Entscheidung noch nicht vorliegen.

Im Januar 1928, sobald die in Fühlung mit der Kriminalabteilung des Polizeipräsidiums zu Berlin angestellten Erhebungen ein Bild der strafrechtlichen Zusammenhänge ergeben hatten, leitete das Reichsfinanzministerium die Ermittlungsaktion dem Preußischen Justizministerium zur Entscheidung über die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens zu. Die übrigen Vorgänge wurden in der Folgezeit der Staatsanwaltschaft unterbreitet.

Darauf ist auf Antrag der Staatsanwaltschaft beim Landgericht 1 in Berlin wegen der dargestellten Fälle gegen den Bankier Kunert, den Kaufmann Hugo Stinnes, den Kaufmann von Waldow, den Kaufmann Erich Rothmann, den Kaufmann Bela Groß, die Kaufleute Leo und Eugen Hirsch, den Architekten Schneid und den Kaufmann Dunkelblum die gerichtliche Voruntersuchung eröffnet worden. Die Strafverfolgungsbehörden erstrecken ihre Untersuchung auch darauf, ob noch weitere betrügerische Anträge im Altbesitzverfahren für Markanleihen des Reiches gestellt sind und ob sich Beamte in strafbarer Weise an den unredlich gestellten Anträgen beteiligt haben. Mit Rücksicht darauf, daß es sich hier um ein in der Schwebe befindliches Verfahren handelt, können nach der Meinung der Staatsanwaltschaft nähere Mitteilungen über die strafrechtlichen Zusammenhänge zur Zeit nicht gemacht werden.

*

Neue Vernehmungen in der Stinnes-Affäre.

÷ **Berlin**, 24. Nov. Der vor einiger Zeit in Wien im Zusammenhang mit den Kriegsanleiheschiebungen auf Antrag der Berliner Staatsanwaltschaft verhaftete Makler Salomon Dunkelblum ist wie eine Berliner Korrespondenz meldet, auf das Gesuch der deutschen Behörden nunmehr von Oesterreich ausgeliefert und am Sonnabend in das Moabiter Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Dunkelblum, der bekanntlich als Gehilfe Schneids Kriegsanleihestücke aufkaufte, soll in den nächsten Tagen vom Untersuchungsrichter, über die ihm zur Last gelegte Beteiligung an den bekannten Schwindeleien eingehend vernommen werden, und dabei auch Schneid gegenübergestellt werden.

„Bedenke, daß Du ein Deutscher bist".

Westarps Großer Kurfürst.

Graf Westarp hat im Reichstag unter Zitierung des Wortes des Großen Kurfürsten „Bedenke, daß du ein Deutscher bist!" diesen Hohenzollern als einen Vorkämpfer des Deutschtums gegen Frankreich, einen Schirmherrn des römischen Kaisertums deutscher Nation gegen welsche Anmaßung und Begehrlichkeit hingestellt. Historisch stimmt das nicht, wie sich insbesondere aus dem vom preußischen Geheimen Archivrat Theodor von Körner herausgegebenen Werk „Kurbrandenburgs Staatsverträge von 1601 bis 1700" ergibt, das sich auf Akten des Staatsarchivs aufbaut.

Im Jahre 1644 ließ sich Friedrich Wilhelm zum Erwerb clevischer Orte vom Kardinal Mazarin, dem Leiter der französischen Politik während der Minderjährigkeit Ludwigs XIV. Beistand leisten. Im westfälischen Frieden von 1648 unterstützte der Kurfürst die französischen Ansprüche und ließ sich dafür mit Halberstadt, Magdeburg und anderen Gebieten belohnen. Frankreich hatte das Elsaß erworben. Da man jenseits der Vogesen nach einiger Zeit fürchtete, der Kaiser könne den Versuch machen, die im westfälischen Frieden verlorenen Provinzen zurückzuerobern, schloß Frankreich mit dem Kurfürsten am 24. Februar 1656 zu Königsberg ein Bündnis auf sechs Jahre, worin sich Friedrich Wilhelm verpflichtete, dem König von Frankreich gegebenenfalls „für Metz, Toul, Verdun, den Elsaß, Sundgau, Breisach, Philippsburg, in Summa für alle durch den Münsterschen Frieden abgetretenen Territorien" eine ansehnliche Truppenmacht zur Verfügung zu stellen, wogegen der König sich verpflichtete, den Kurfürsten in seinen Reichslanden mit einer entsprechenden Truppenmacht, eventuell auch mit Geld, zu schützen. Pufendorf, der Hofhistoriograph des Großen Kurfürsten, bestätigt, daß der Zweck dieses Vertrages gewesen sei, die Zurückeroberung des Elsaß zu verhindern.

Im Jahre 1658 erhielt der Kurfürst vom französischen Hof hunderttausend Taler für die Zusicherung, bei Festsetzung der Wahlkapitulation für die nächste Kaiserwahl die Aufnahme einer Bestimmung zu betreiben, die dem Reichsoberhaupt verbot, „die Feinde Frankreichs zu unterstützen, damit dasselbe nicht genötigt würde, einen neuen Krieg gegen das Römische Reich zu beginnen." Der Kurfürst gab zugunsten dieser Bestimmung den Ausschlag. Im Februar 1661 ließ sich Friedrich Wilhelm die im Frieden von Oliva erlangte Souveränität im Herzogtum Preußen von Frankreich garantieren und erneuerte am 6. März 1664 das Bündnis mit Ludwig XIV., das diesem den Besitz des Elsaß sicherte, auf weitere sechs Jahre. Es folgte am 18. November 1665 zu Regensburg der förmliche Beitritt des Kurfürsten zu der von Frankreich gestifteten und geführten „Rheinischen Allianz", die ihre Spitze gegen Kaiser und Reich richtete. Im „Devolutionskrieg" Frankreichs um die Niederlande schloß der Kurfürst am 5. und 15. Dezember 1667 zu Kölln a. d. Spree einen neuen Vertrag mit Ludwig XIV. zu dem Zweck, eine Beteiligung des Deutschen Reichs am Kriege gegen Frankreich zu hindern. Verstärkt und verschärft wurde dieses Abkommen durch das wiederum von Kölln a. d. Spree diktierte Geheimbündnis vom 21./31. Dezember 1669, das auf zehn Jahre abgeschlossen war. Friedrich Wilhelm verpflichtete sich darin, eintretendenfalls persönlich dem König von Frankreich zehntausend Mann in die Niederlande zuzuführen, deren Werbegeld und Sold der König zahlen würde, ferner sich um die Erneuerung und Aufrechterhaltung der „Rheinischen Allianz" zu bemühen, wogegen dem Kurfürsten Geldern, Venlo und Roermonde zugesichert wurden. In Artikel 7 dieses Vertrages, „qui semper secretus esse debet" (der für immer geheim bleiben muß), verspricht der König dem Kurfürsten „400 000 Taler innerhalb der nächsten zehn Jahre, mit 10 000 jährlich, doch zugleich in Anrechnung der Summe, über deren jährliche Zahlung man bereits übereingekommen." Außerdem sind diesem Geheimvertrag noch ganz geheime Artikel zugefügt, wonach der Kurfürst kraft des Westfälischen Friedens „in alle Wege des Königs Ludwigs XIV. Angelegenheiten auf dem Reichstag fördert."

Trotzdem wird Ludwig XIV. gelegentlich mißtrauisch und mißvergnügt, obwohl der Kurfürst sich erbietet, dem König von Frankreich die deutsche Kaiserkrone zu verschaffen. Was auch Pufendorf berichtet. Und am 26. Mai 1679 schreibt der Kurfürst an den französischen König, er habe den lebhaftesten Wunsch, ihm zu dienen, und Ludwig werde „schwerlich auf der ganzen Welt einen Fürsten finden, der wahrhafter als ich und mit mehr Respekt und Eifer Ihr ergebenster Diener sein würde." Ein paar Wochen später, am 29. Juni 1679, im Frieden von St. Germain en Laye, bewilligte der König dem Kurfürsten wieder 300 000 Taler. Abermals ein paar Monate später, am 25. Oktober 1679, ein neuer ganz geheimer Bündnisvertrag:

Artikel 8. Wenn der König einige Truppen nach Deutschland oder anderswohin durch des Kurfürsten Lande zu bringen hat, so gestattet der Kurfürst den Durchmarsch, die Anlegung von Magazinen und im Notfall selbst den Rückzug und Eintritt in seine festen Plätze ...

Artikel 11. ... Der Kurfürst agiert nach dem folgenden Artikel für die Wahl des Königs oder Dauphins von Frankreich zum deutschen Kaiser.

Artikel 12. Der Kurfürst verspricht, in diesem Falle niemandem als dem König seine Stimme zu geben, und wenn das nicht gelinge, dem Dauphin, — auch in alle Wege dafür bei den anderen Kurfürsten zu wirken. Gelänge auch dies nicht, so verpflichtet sich der Kurfürst, sein Votum nur in Uebereinstimmung mit dem Könige, und einem diesem genehmen Fürsten zu geben.

Die folgenden Artikel enthalten genaue Vorschriften für das Verhalten des Kurfürsten, bis Artikel 18 ihm auf zehn Jahre hunderttausend Livres jährlich bewilligt. Gestützt auf diesen Vertrag konnte Ludwig XIV. ungefährdet deutsches Gebiet rauben und den Handstreich auf Straßburg ausführen.

Das alles und noch mehr erzählen die preußischen Staatsarchive. Graf Westarp aber weiß vom Großen Kurfürsten nichts zu melden, als daß er gemahnt habe: Bedenke, daß du ein Deutscher bist!

Graf Apponyi über Deutschland und Ungarn.

▲ **Berlin**, 24. Nov. Graf Apponyi, der zur Zeit in Berlin weilt, hatte mit dem Herausgeber der „Deutschen Diplomatisch-politischen Korrespondenz" eine Unterredung, in der er u. a. ausführte: Das deutsch-ungarische Verhältnis ergibt sich aus der Aehnlichkeit der Lage zweier im Kriege unterlegener Staaten. Auch glaube ich, daß es für Deutschland nicht gleichgültig sein kann, wenn in seiner unmittelbaren Nähe, im östlichen Teil von Mitteleuropa jenes Volk zusammenbricht, das dort allein den Gedanken der westeuropäischen Kultur vertreten kann. Ein sympathisches Verstehen unserer politischen Situation in Deutschland ist somit, ganz abgesehen von Erinnerungen neuesten Datums, eine Gegebenheit. Der Anspruch, den ich für mein Volk als Repräsentant der westlichen Kultur im östlichen Mitteleuropa erhebe, bedeutet keine Geringschätzung unserer südöstlichen Nachbarn, sondern einfach die Feststellung der Tatsache einer durch neun Jahrhunderte festgelegten Evolution, die Ungarn an allen geistigen Strömungen des Westens teilnehmen ließ und der Tatsache, daß Ungarn zwei Jahrhunderte früher von der osmanischen Flut befreit wurde als diese Nachbarvölker. Die wirklichen Schwierigkeiten der deutsch-ungarischen Beziehungen liegen auf wirtschaftlichem Gebiet, wo wir leider bisher noch sehr wenig Entgegenkommen feststellen können. Da Ungarns Hauptinteresse Exportmöglichkeiten seiner Agrarprodukte betrifft, und Deutschland auf solchen Import immer angewiesen bleibt, müßten sich diese beiderseitigen Interessen in Einklang bringen lassen, zumal wir Vorzüge der Qualität aufweisen können und im Punkte der Veterinärpolizei größere Garantien bieten, als irgend ein anderer Nachbarstaat Deutschlands. An versöhnlichen Elementen zur Stärkung der freundschaftlichen Beziehungen beider Völker fehlt es nicht; denn Deutschland ist in Ungarn auf die allersympathischste Weise vertreten. Es war schon so, als Graf Welczek in Budapest Gesandter war, und der jetzige deutsche Gesandte Herr von Schön erfreut sich in Ungarn nicht nur allgemeiner Wertschätzung, sondern die Beziehungen zwischen ihm und seiner Familie und der ungarischen Gesellschaft haben sich geradezu herzlich gestaltet.

Die Deutsche Gastwirtsmesse in Köln.

Sorgen und Wünsche des Gastwirtsgewerbes.

Köln, 24. November.

Heute vormittag um 11 Uhr wurde im großen Kongreßsaal der Ausstellungsbauten die Dritte Westdeutsche Gastwirtsmesse, veranstaltet vom Provinzialverband Rheinland und Westfalen im Deutschen Gastwirtsverband und dem Messe- und Ausstellungsamt Köln, eröffnet. Generaldirektor Dr. Esch hielt hierauf eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Die Westdeutsche Gastwirtsmesse ist seit ihrer vor zwei Jahren erfolgten Gründung eine bewußte

Konzentration der für das Gastwirtsgewerbe tätigen Kreise

in einer einzigen kraftvollen, auf Vollständigkeit hinzielenden Veranstaltung. Die Anzahl kleiner und kleinster Veranstaltungen, die bis dahin allerorts stattfanden, waren für die in Betracht kommende Industrie eine kostspielige und meist nicht lohnende Belastung, ohne dem Gastwirtsgewerbe das zu bieten, was es verlangte, einen vom praktischen Leben durchpulsten Ueberblick über die technischen und organisatorischen Entwicklungsmöglichkeiten des Gewerbes. Daher allerseits freudig begrüßt der Entschluß der weitblickenden Führer des westfälischen und des rheinischen Gastwirtsgewerbes, die Reihen zu schließen und nur einer Jahresschau ihre Mitarbeit zu leihen. Daher die Zustimmung des Deutschen Gastwirtsverbandes Berlin, und des Deutschen Ausstellungs- und Messeamts, dessen Bestrebungen auf Zusammenfassung und Vereinheitlichung des Messe- und Ausstellungswesens unsre Arbeit praktisch unterstützen will. Daher auch der stets steigende Erfolg der Gastwirtsmesse, die heute das ganze Erdgeschoß unsrer erweiterten Ausstellungshallen bis auf das letzte Quadratmeter in Anspruch nimmt, 8000 Quadratmeter belegter Fläche.

Aber nicht nur Konzentration der für das Gastwirtsgewerbe tätigen Industrie verfolgt die Messe, sie will auch die im Gewerbe Tätigen selbst zusammenführen zur Aussprache über wichtige Fragen des Gewerbes, zur Vertiefung des Standesbewußtseins in diesem für die materiellen und ideellen Bedürfnisse des Volkes so wichtigen Berufe, zur Vermittlung einer größeren Anteilnahme der breitesten Oeffentlichkeit an dem Wollen und Können, an dem Sorgen und Mühen eines großen Wirtschaftszweiges.

Stadtverordneter Runge, Vorsitzender des Provinzialverbandes Rheinland im Deutschen Gastwirtsverband, erklärte nach herzlichen Begrüßungsworten: Wenn die erste Gastwirtsmesse vom 16. bis 24. Oktober 1926, die zweite im Anschluß an die Tagung des Deutschen Gastwirtsverbandes in Düsseldorf vom 9. bis 18. September 1927, die dritte, durch die Presse bedingt, vom 24. November bis 2. Dezember veranstaltet wurden oder wird, so werden uns diese drei verschiedenen Termine wertvollen Aufschluß darüber geben, welcher insbesondere für die Aussteller der zweckmäßigste ist. Die Nähe des Weihnachtsfestes macht sich dadurch bemerkbar, daß eine Reihe von Firmen Erzeugnisse ausstellt, die sich für Weihnachtsgeschenke in der Familie des Gastwirts besonders eignen. Ganz besonders belebt und dadurch interessant wird das Bild der diesjährigen Gastwirtsmesse durch eine Reihe von Sonderausstellungen, von denen ich nenne die der Praktischen Fleischerschule Köln, die Schau der Ochsenmetzgerinnung Köln, die Werbeausstellung des brasilischen Staats für Brasil-Kaffee, ein Ausstellungskino, in dem nicht nur die Angehörigen des Gastwirtsgewerbes, sondern auch jede Hausfrau interessierende Bildstreifen vorgeführt werden.

Wie ich bei Eröffnung der Ersten Westdeutschen Gastwirtsmesse betonte, erwarteten die Berufsorganisationen von der Veranstaltung auch den Erfolg, daß Verwaltungsbehörden wie Publikum, freie Berufe, fernstehende Gewerbe, politische Parteien Einsehen und Verständnis für die volkswirtschaftliche Bedeutung unsers Gewerbes und der damit verbundenen Industrien gewinnen möchten. Wir hoffen, daß die Erkenntnis kommen möge, daß man dieses Gewerbe mit all seinen verschiedenen Gliederungen pfleglich behandeln müßte, anstatt es mit Verordnungen, immer neuen Steuerlasten, Unterstützung unberechtigter Wettbewerbsunternehmungen, wenig gründlicher Prüfung der Bedürfnisfrage bei neuen Konzessionserteilungen langsam aber sicher zum Erliegen zu bringen. Die Wirtschaft der Stadt Köln hat aber das Vertrauen zu der Verwaltung dieser Stadt, daß alle Maßnahmen sorgfältigst geprüft und erwogen werden, die geeignet sind, der Gesamtheit des bodenständigen Gastwirtsgewerbes Kölns zu schaden, ohne der Allgemeinheit der Bürger zu nützen, und daß dadurch den Verwaltungen der andern rheinischen und westfälischen Städte ein gutes Beispiel gegeben wird.

Beide Reden wurden von der Festversammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen. An die Eröffnungsfeier schloß sich ein Rundgang durch die Messe, über deren Aufbau und Organisation wir schon berichtet haben. Die Gastwirtsmesse, die seit heute vormittag 9 Uhr für den Publikumsverkehr freigegeben war, wies bereits einen recht lebhaften Besuch auf. Den Abschluß der Eröffnungsveranstaltung bildete ein Frühstück im Kölner Saal des Messehofs.

Das Münchener Hofbräuhaus.

)(**München**, 26. Nov. Dieser Tage hat sich der Finanzausschuß des bayerischen Landtags mit dem Etat des Münchener Hofbräuhauses beschäftigt. Auch jetzt ist wieder ein Staatsanfall von 425 000 Mark aus der Bewirtschaftung des Hofbräuhauses vorgesehen.

Bemerkenswert sind einige Daten über den Umsatz des Münchener Hofbräuhauses. Danach hat sich der Bierabsatz in den letzten Jahren ständig gesteigert, nämlich im Jahre 1926/27 gegenüber dem Vorjahr um rund 6 500 hl und im Jahre 1927/28 um über 1800 hl.

Beachtenswert ist der Anteil des Hellen Bieres am Gesamtausstoß, er betrug im Jahre 1925/26 rund 24%, im Jahre 1926/27 etwas über 27%, und erhöhte sich im letzten Jahre auf 30,4%. Diese Geschmacksänderung des Publikums hat zur Folge, daß der Export des typischen bayerischen Bieres immer mehr an Boden verliert. Beträgt doch die Einfuhr tschechischer Biere heute schon 150 000 hl., während die Ausfuhr bayerischer Biere nach der Tschechei von 15 000 hl vor dem Kriege auf jetzt 2000 hl. zurückgegangen ist.

Frauen an der theologischen Fakultät.

Der Priestermangel in Oesterreich. — Weibliche Katecheten in Wien.

Wer in diesen Tagen die ehrwürdigen Räume der theologischen Fakultät an der Wiener Universität besucht, wird von dem äußeren Bild der Hörsäle nicht wenig überrascht. Ueberall junge Mädchen! Mit Kollegienheften und dicken Lehrbüchern. Sie sind in den Vorlesungen über Moraltheologie, über Bibelauslegung, über philosophische Grundprobleme, über Pädagogik zu sehen. Diese Neuerung hat einen sehr interessanten Grund. Das erzbischöfliche Ordinariat in Wien hat sich entschlossen, nun in viel breiterem Umfange als es bisher geschehen, das Laienelement zur Erteilung des Religionsunterrichtes heranzuziehen.

Unter der Voraussetzung eines guten Prüfungserfolges nach einem zweijährigen katechetischen Universitätskurs wird ihren Absolventen, Männern wie Frauen, die missio canonica zur Erteilung des Religionsunterrichts an den Schulen der Erzdiözese erteilt. Schon sind eine ganze Reihe von Laien — ehemalige Lehrer, auch Offiziere, sogar Kaufleute, die die nötige Universitätsreife besessen haben, und sich nun einer geistigen Aufgabe widmen wollen, als Religionslehrer in den Dienst der Gemeinde Wien getreten, und auch Frauen haben schon an einer ganzen Anzahl von Mädchenschulen den Religionsunterricht aufgenommen.

Die ersten Erfahrungen, die bis jetzt in Wien vorliegen, lauten durchweg für die Neueinrichtung günstig. Denn begreiflicherweise melden sich für den Beruf des Laienkatecheten nur solche Persönlichkeiten aus dem Laienstand, die an sich schon ein tiefes, ja oft leidenschaftliches Interesse mit dem theologischen Problem verbindet. Seelen, die in besonderer Weise der Not der Zeit sich bewußt sind, und in der Katechese des Laien auch mit Recht ein Stück Laien-Apostolat erblicken. Unschwer läßt sich die neue Institution als ein besonderes Element in die actio catholica einfügen; eines ihrer wesentlichen Ziele, die gesamte Laienschaft gleichsam zu einer einzigen christlichen Armee zu formieren, wird jedenfalls, da die missio canonica ja nicht nur als Lehrberechtigung empfunden wird, sondern auch in mancher anderen Hinsicht den lehrenden Laien inniger an die Kirche anschließt, sinnvoll gefördert.

Auch die Wirkung auf die nichtkatholische Welt muß in ihren Vorteilen bedacht werden. Seit je wird von liberalen Kreisen die Erteilung des Religionsunterrichtes durch Laien an den Schulen gefordert. Man ging von der Meinung aus, daß die nächste Folge solchen Unterrichts durch Laien ein gleichsam neutralisierter „ethischer Anschauungsunterricht" sein müßte. Müssen es nun nicht gerade diese Kreise besonders stark empfinden, wenn selbst, nachdem der priesterliche Katechet da und dort verschwunden ist, sie also einen Erfolg errungen zu haben meinen, nun ohne Unterbrechung die Arbeit in gleicher strenger Bindung an die Kirche wie früher und mit nicht geringerem pädagogischen Eifer getan wird?

Der höchste Schornstein.

Wir brachten vor Kurzem eine Meldung über den höchsten Schornstein der Welt, der sich angeblich in Charlottenburg befindet. Dazu schreibt man uns:

In den Jahren 1888/1889 wurde in Halzbrücke bei Freiberg (Sachsen) für die dortigen Schmelzhütten ein Schornstein errichtet, der 140 m hoch ist, sein unterer Durchmesser beträgt 8,25 m, der obere 3 m, das Fundament ist 12 m im Quadrat. Die Kosten dieses Schornsteines einschließlich eines 500 m langen Kanals betrugen damals 235 000 M. Zum Bau wurden benötigt 540 Eisenbahnwagen Ziegel = 1 080 000 Stück, ferner à 10 000 Kg. 103 Wagen Sand, 17 Wagen Kalk und 6 Wagen Zement. Das Gewicht des Schornsteins beträgt 5 400 000 Kg. Der Schornstein steht außerdem noch auf einer Anhöhe, während die Schmelzhütte unten im Tal liegt. Lange Zeit war dieser Schornstein der höchste der ganzen Welt, bis in Amerika ein noch höherer gebaut wurde. Von dieser Zeit an war er der höchste in Europa. Aber vor kurzem ist in Deutschland ein weiterer Schornstein errichtet worden (der Ort ist mir leider entfallen), der den von Halzbrücke noch übertrifft, so daß dieser jetzt an zweiter Stelle in Europa getreten ist.

Aus Westdeutschland.

Wieder ein Raubüberfall in Essen.

Drei maskierte Räuber dringen in eine Kruppsche Konsumanstalt.

× **Essen**, 25. November.

Gestern um 16,20 Uhr drangen drei Räuber mit schwarzen Gesichtsmasken unter Vorhalten von Pistolen in die Kruppsche Konsumanstalt, Ecke Jenberg- und Korneliastraße, ein, und raubten aus der Kasse einen Betrag von etwa 500 Mark. Das sofort alarmierte Ueberfallkommando und die Kriminalpolizei waren sogleich am Tatort. Die Räuber waren jedoch inzwischen mit ihrer Beute geflüchtet. Sie stürmten aus dem Konsum heraus und hielten sich alle Verfolger durch fortwährendes Schießen vom Leibe. Danach schlugen sie ein langsames Tempo ein, gingen querfeldein und kamen zur Andreaskirche. Die beiden Räuber, die die Klarastraße entlang gingen, wurden von zwei Passanten unauffällig verfolgt. An der Ecke Rüttenscheider- und Klarastraße trennten sich die Räuber, und zwar schlug einer die Richtung zum Hauptbahnhof ein; der andere überquerte zunächst die Rüttenscheider-, dann die Zweigerstraße und schlug danach die Richtung zur Kirdorfstraße ein. Die Verfolger trennten sich ebenfalls.

Der Räuber, der die Rüttenscheider Straße, Richtung Hauptbahnhof, entlang ging, drehte sich plötzlich um und schoß seinen Verfolger nieder. Es handelt sich um den 22 Jahre alten Schreiner Heinrich Krieger, Wächterstraße 23, der von seitwärts einen Schuß durch den Oberarm in die Brust erhielt. Der zweite Verfolger trat jetzt an den Winkposten am Klaraplatz heran, machte ihm Mitteilung von dem Geschehenen und zeigte ihm den Räuber. Der Beamte sprang aus seinem Verkehrsturm heraus und nahm die Verfolgung des Täters auf. Letzterer merkte sofort, was los war, drehte sich um und schoß auf den Beamten. Der Schuß ging fehl. Nunmehr ging die Jagd los. Passanten beteiligten sich an der Verfolgung. Der Täter war zunächst in die Kirdorfstraße gelaufen, drehte sich aber sofort wieder um und gab 12 bis 14 Schuß auf seine Verfolger und alles, was sich ihm in den Weg stellte, ab. Hierbei erhielt der Arbeiter Theodor Hoppe, 53 Jahre alt, Brigittastraße 31, einen Oberschenkelschuß.

Der Täter lief wieder zur Klarastraße, und in die Brunhildenstraße. Hier lief er durch das Haus Nr. 20 hindurch, schwang sich über die Hofmauer und lief dann durch die Gärten zum Rüttenscheider Markt. Ein Schutzpolizeibeamter, durch die Schießerei aufmerksam geworden, traf gerade dort ein, als der verfolgte Täter angelaufen kam. Der Beamte, der keine Schußwaffe bei sich führte, übersah sofort die Situation, drehte sich um und sah in ein Schaufenster hinein. Der Räuber lief ahnungslos vorbei. Im gleichen Augenblick drehte sich der Beamte um und faßte den Räuber von hinten und hielt ihn fest, bis andere Beamte herbeigeeilt waren. Der Täter hatte eine schwarze Gesichtsmaske, zwei neue Waffen, und zwar eine Pistole und einen Revolver, sowie 70 Patronen und einen Geldbetrag in Höhe von 295 Mark bei sich.

Der Festgenommene ist der berüchtigte Räuber und Einbrecher Willi Nachtigall, 34 Jahre alt, aus Essen. Er hat bereits Zuchthausstrafen von 15 Jahren hinter sich. Die Namen seiner Komplizen hat er noch nicht genannt. Ein großes Polizeiaufgebot ist am Werke, um der anderen Täter habhaft zu werden.

*

• **Coesfeld**, 25. Nov. **Vortrag im Windthorstbund.** Zur außenpolitischen Aufklärung der Jugend will der Coesfelder Windthorstbund am heutigen Montag abend beitragen, indem er einen Vortrag über „Die Großmächte der Gegenwart und ihre weltpolitischen Beziehungen" halten läßt. Der letzte Vortrag des Windthorstbundes, den Professor Dr. Schreiber hielt, ist noch in ...ler Erinnerung. Heute soll in derselben gründlichen Weise fortgefahren werden. Der Vortrag beginnt heute, Montag, abend 8,30 Uhr, im oberen Saale des kath. Gesellenhauses.

◇ **Coesfeld**, 25. Nov. **Vermißt** wird seit Freitag abend die Frau Witwe Schlossermeister Anton Reuter. (Graues Kleid, ohne Hut und Mantel, Alter 62 Jahre, mittlere Größe.) Nähere Mitteilungen an Geschwister Reuter in Coesfeld, Kuchen-Straße.

⊙ **Recklinghausen**, 26. Nov. **Wieder eine große Einbrecherbande ermittelt.** Der Landeskriminalpolizeistelle Recklinghausen ist es wieder gelungen, eine Einbrecherbande zu ermitteln, deren Anführer der bekannte Ein- und Ausbrecher Wilhelm Voß, 25 Jahre alt, ist. Diese Bande ist etwa 20 Mann stark und gilt als neuer Schrecken des Münsterlandes. Voß war bereits einmal verhaftet, stand mit 26 seiner Komplizen vor der Strafkammer in Münster, und brachte es fertig, unter seinen Komplizen eine Schlägerei zu inszenieren, und bei dem nun entstandenen Durcheinander aus dem Gerichtssaal zu flüchten. Nur wenige Tage war er auf freiem Fuß, als auch schon wieder seine Getreuen, die der Verhaftung entgangen waren, sich um ihr scharten, und von neuem Raub, Diebstahl, Ueberfälle auf allein liegende Gehöfte, Post- und Eisenbahngebäude, begingen. Die Bande war bewaffnet bis an die Zähne und machte bei dem geringsten Widerstand von der Schußwaffe Gebrauch. Nun sind wieder einige Mitglieder der Bande festgenommen worden; doch fehlt das Haupt der Bande, der obengenannte Voß. Voß ist im Jahre 1903 in Attendorn als Sohn eines Gerichtsvollziehers geboren, hat auch in anderen Teilen Deutschlands Streifzüge unternommen und gilt als sehr gewalttätig. Ein Verzeichnis der ausgeführten Räubereien liegt uns vor, doch soll einstweilen von der Veröffentlichung aus leicht erklärlichen Gründen abgesehen werden.

:: **Bottrop**, 25. Nov. **Versuchter Kassenraub.** Gestern drangen hier zwei junge Burschen, mit Masken versehen, in ein Geschäftslokal ein. Mit Revolvern hielten sie die anwesenden Personen in Schach. Die geforderte Ladenkasse enthielt aber kein Geld mehr. Da man im Augenblick Tritte hörte, flüchteten die Burschen und entkamen unerkannt.

)(**Dortmund**, 25. Nov. **Ein Kommunist erschossen aufgefunden.** In der vergangenen Nacht wurde der 27jährige Arbeiter Willi Kersting in der Wohnung seiner Mutter mit einem Kopfschuß tot aufgefunden. Kersting, war seit Jahren führendes Mitglied der Kommunistischen Partei und als solches wiederholt mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt gekommen. Die Kriminalpolizei stellte fest, daß Kersting am Samstag abend an einer Besprechung der Kommunistischen Arbeiterpartei teilgenommen hatte, bei der noch weitere sieben Personen zugegen waren. Einer der Teilnehmer an dieser Besprechung, der 20jährige Arbeiter Gustav Dombrowski wurde vorläufig festgenommen. Nach den Aussagen Dombrowskis soll Kersting plötzlich ohne Grund zunächst einen Schuß gegen die Wand abgefeuert und sich dann selbst eine Kugel in den Kopf gejagt haben, die seinen sofortigen Tod herbeiführte. Obwohl die Waffe, mit der die Tat ausgeführt wurde, bis jetzt noch nicht gefunden werden konnte, ist auch die Kriminalpolizei auf Grund des Befundes am Tatort der Ansicht, daß die Wahrscheinlichkeit eines Selbstmordes naheliegt.

● **Wattenscheid**, 24. Nov. **Festnahme eines Erpressers in Wattenscheid.** Eine große Ueberraschung erlebte gestern mittag ein Gast in einem hiesigen Hotel. Gerade in dem Augenblick, als er sein Glas Bier ansetzen wollte, erklang der Ruf: „Hände hoch!" Zwei Kriminalbeamte nahmen den Mann fest und führten ihn gefesselt zum hiesigen Kriminalkommissariat. Wie verlautet, hat der Verhaftete Erpressungen größeren Umfanges in Wattenscheid verübt. Als er von einem bereits Geschädigten weiteres Geld verlangte, verabredete dieser mit ihm eine Zusammenkunft in dem betreffenden Hotel, erstattete aber inzwischen Anzeige bei der Kriminalpolizei. Der Erpresser war ausgesucht elegant gekleidet und trat als „Kavalier" auf. Man glaubt, in ihm einen schweren Jungen gefaßt zu haben, der noch mehr auf dem Kerbholz haben dürfte.

= **Brakel**, 26. Nov. **1100 Jahrfeier der Stadt.** Brakel, das schöne Städtchen im Nethegau, kann auf eine 1100jährige Geschichte zurückblicken. Seit 700 Jahren ist es im Besitze der Stadtrechte. Aus diesem Anlaß sind in der Zeit vom 2. bis 9. Juni 1929 große Veranstaltungen geplant. In dem vorläufigen Programm sind vorgesehen: Festgottesdienst, Festversammlung, Festspiel, Ehrung der Kriegsgefallenen, historischer Festzug, Konzert, Kinderbelustigungen, Feuerwerk u. a. m. Die Festveranstaltungen erstrecken sich auf mehrere Tage. Die Gruppen des Festzuges bauen sich auf historischer Unterlage auf und zeigen Bilder aus der Geschichte von Brakel: Erste Erwähnung in der Geschichte, Verleihung der Stadtrechte, Stadtregiment, kirchliches Leben, Bildungswesen, Gerichtswesen, Handel und Gewerbe, Verkehrswesen, Sage, Scherz usw. Es wird auch gelingen, ein eigenes Festspiel aus der Geschichte der Stadt mit entsprechender Musik zur Aufführung zu bringen. Die Arbeiten hierfür sind nahezu abgeschlossen. Auch die Ausschmückung der Stadt wird nach einem einheitlichen Plane durchgeführt, wobei auch die Stadttore, soweit sie nicht mehr vorhanden, aufgebaut werden. Die Veranstaltungen werden sicher viele Fremde aus der näheren und weiteren Umgebung nach Brakel ziehen.

Remscheid, 24. Nov. **Das Remscheider Heimatmuseum vergrößert.** Das städtische Heimatmuseum, das bisher nur über eine Hälfte des alten Clefschen Patrizierhauses in Remscheid-Hasten verfügte, hat nunmehr sämtliche Räume des großen Doppelhauses in Besitz genommen. Es enthält besonders eine Reihe von wundervoll ausgestatteten bergischen Stilzimmern und in dem neu in Besitz genommenen Flügel Sammlungen verschiedener Art. Neben den Anfängen einer zoologischen Sammlung, einer von Eigen (Hückeswagen) beschafften vollständigen Sammlung bergischer Käfer und Schmetterlinge, ist besonders bemerkenswert die von Dr. c. h. Spresterbach zusammengetragene und allmählich zur Berühmtheit gewordene Sammlung von Versteinerungen, die einen ausgezeichneten Ueberblick über die Urgeschichte des Bergischen Landes gewährt.

Solingen, 24. Nov. **Die abgelehnte Nachtragsumlage.** Nachdem die Stadtverordneten in ihrer letzten Sitzung die von der Verwaltung geforderte Nachtragsumlage zur Deckung außerhaushaltsmäßiger Ausgaben des Wohlfahrtsamts im Betrage von 188 000 ℳ einstimmig abgelehnt haben, entsteht nun die Frage, wie die Verwaltung die bewilligten Mehrausgaben decken will. Im Stadtrat kündigte der stellvertretende Oberbürgermeister, Baurat Schmidhäußler, die Beanstandung des Beschlusses an; inzwischen hat die Verwaltung sich die Sache aber nochmals überlegt. Angesichts des vorjährigen günstigen Abschlusses — 230 000 ℳ Ueberschuß statt des vorher errechneten Fehlbetrages in der gleichen Höhe — dürften für sie auch die Aussichten beim Bezirksausschuß nicht allzu groß sein. Wie wir hören, wird die Stadtverwaltung, obwohl sie sich finanziell beengt fühlt, zunächst erst einmal den nächsten Monatsabschluß abwarten und dann sehen, wie die Lage ist. Die bewilligten Mittel für das Wohlfahrtsamt wird sie inzwischen aus Betriebsmitteln bereitstellen. Es ist anzunehmen, daß dann die Verwaltung nach vorheriger Beratung mit dem Finanzausschuß auf den Gang zum Bezirksausschuß verzichtet.

:: **Meppen** (Ems), 24. Nov. **Alkohol und Messer.** Von sieben Unterhaltungsarbeitern, welche Donnerstag nachmittag mit Stuckarbeiten bei Schleuse Huntel an der Ems beschäftigt waren, begaben sich fünf in die nahe gelegene Kantine. Als sie nach reichlich einer Stunde angeheitert zurückkehrten, machten ihnen die bei der Tätigkeit gebliebenen beiden Kameraden freundschaftliche Vorhaltungen. Dadurch erbost, zog ein angetrunkener 25jähriger Saisonarbeiter das lange Weidenbuschmesser und stieß es dem etwa gleichaltrigen Heinrich Barloh aus Meppen in die Seite. Der Stich drang tief in die Lunge ein. Der Schwerverletzte wurde mittels Arztautos dem hiesigen Kreiskrankenhause zugeführt, wo er in Lebensgefahr daniederliegt. Gegen den Täter ist die Untersuchung eingeleitet.

× **Köln**, 24. Nov. **Selbstmord und Mord mit Sprengstoff.** In einer Laube am Venloerwald wurden heute vormittag ein Mann und ein Mädchen im Alter von 6—8 Jahren tot aufgefunden. Die Köpfe beider Leichen waren vollständig verstümmelt. Es wird angenommen, daß der Tod durch einen Sprengkörper herbeigeführt worden ist. An Hand vorgefundener Briefe wurde festgestellt, daß der Mann zuerst das Kind und dann sich selbst getötet hat.

Wiesbaden, 25. Nov. **Gründung einer Mittelrheinischen Fluggesellschaft.** Zur Frage des gemeinsamen Flugverkehrs wird sich in den nächsten Tagen eine Mittelrheinische Fluggesellschaft bilden. Diese Gesellschaft hat vor, im Frühjahr 1929, wahrscheinlich am 1. April, den gemeinsamen Flughafen Mainz—Wiesbaden zu eröffnen und von dort aus den Verkehrsflugverkehr aufzunehmen. Wie verlautet, hat nunmehr auch die Besatzung ihre letzten Einsprüche gegen diese Flüge zurückgezogen, auch soll sie sich bereit erklärt haben, eine Reihe von Ausflugsflügen über das besetzte Gebiet zu genehmigen. In der Hauptsache ist daran gedacht, eine Fluglinie an die Hauptfluglinien der Lufthansa und des Nordbayerischen Luftdienstes anzuschließen. In wieweit die Besatzung durch Aufsichtsoffiziere diese Linie kontrollieren wird, steht noch nicht fest.

× **Saarbrücken**, 24. Nov. **Seltsame Entführungen im Saargebiet.** Vor einiger Zeit erregte der in seinen Einzelheiten fast unglaublich klingende Fall einer Entführung bei Neunkirchen die öffentliche Aufmerksamkeit des Saargebiets. Ein junger Mann wurde in geheimnisvoller Weise auf dem Nachhausewege von der Versammlung eines Jünglingsvereins, dem er angehört, in ein Automobil gelockt, betäubt, und über die Grenze nach Frankreich entführt. Der junge Mann erschlug beim Erwachen aus der Betäubung ein Fenster des Automobils und konnte sich aus dem fahrenden Auto befreien ohne sich ernstlich zu verletzen. Er stellte beim Morgengrauen fest, daß er sich in Frankreich in der Gegend von Forbach befand. Nach seiner Rückkehr in das Elternhaus fand der Bericht des Entführten nicht überall Glauben. Jetzt gewinnt dieser Bericht aber an Wahrscheinlichkeit durch einen zweiten ganz ähnlich liegenden Fall. Es handelt sich hier um einen jungen Mann aus Dirmingen, der am 20. d. Mts., abends, auf einer wenig belebten Straße einem Automobil mit starken Scheinwerfern entgegenkam, die den Spaziergänger vollkommen blendeten. Kurz vor dem jungen Mann hielt das Auto an, jemand sprang heraus und versuchte, ihn in das Innere des Wagens zu ziehen. Dieser erfaßte jedoch, da er von der Entführungsgeschichte in Neunkirchen unterrichtet war, die Situation, riß sich mit aller Gewalt los, sprang über den neben der Straße fließenden Bach und lief querfeldein. Noch während der Flucht wurde er von den Scheinwerfern des Autos beleuchtet; das Auto suchte jedoch kurz darauf das Weite.

Rundfunk.

Montag, 26. November.

11,15—11,55 Uhr: Schulfunk für Volksschulen. „Wir dramatisieren" (Fortsetzung). * 12,10 Uhr: Mechanische Musik. * 13,05—14,30 Uhr: Mittagskonzert. Leitung: Eysoldt. 1. Ouvertüre zur Oper „Der Wildschütz" — Lorzing. 2. Melodien aus der Oper „Faja" — Leoncavallo. 3. Vision der Salome, Walzer — Hoyce. 4. Der fidele Trompeter, Konzert-Polka — Gude. (Solist: Heinz Hoppe.) 5. Dornröschen-Suite — Tschaikowsky. 6. Faun und Nixe, Intermezzo — Schaefer. 7. Ein Opernalbum, Potpourri — Schreiner. 8. Soldatenleben, Marsch — Schmeling. * 14,30 Uhr: Funkwerbung: Ratschläge fürs Haus. * 16,05—16,30 Uhr: Frauenstunde: Mädchenschule und ihre Ziele (1). Rektorin Krutwig: Die Mittelschule als Grundlage zu praktischen Frauenberufen. * 16,35—17 Uhr: Studienrat Dr. W. Schmidt: Bücherstunde. Josef von Lauff: „Der patzierte Alois" — Schw. Huberta Schmelz: „An heiligen Brünnlein" — Johannes Thiel und Wilhelm Matthießen: „Karlemann und Flederwisch" — Wilhelm Matthießen: „Das alte Haus". * 17—17,20 Uhr: Geschichten von Dr. Dolittle und seinen Tieren, erzählt von Hermann Probst. * 17,20—17,45 Uhr: Für die Kleinen: Liesl Eckhardt: Spielzeug aus Streichholzdosen. * 17,45—18,30 Uhr: Vesperkonzert. Leitung: Eysoldt. 1. Ouvertüre zur Oper „Heimsee" — Auber. 2. Melodien aus der Oper „Das Nachtlager in Granada" — Kreutzer. 3. Die Fabeln von La Fontaine — Mouton. 4. Pizzicato-Scherzetino aus dem Ballett „Sylvia" — Delibes. 5. Blumenwalzer — Tschaikowsky. * 18,30—18,50 Uhr: Lesestunde. Josef Kandner: „Sewastopol" von Leo N. Tolstoi (14). * 19,15—19,35 Uhr: Lektor Dr. Beinhauer — E. M. Loca: Spanische Unterhaltung. * 19,35—20 Uhr: Elternstunde. Josef Herions: Klagen der Kinder über ihre Eltern. * 20,15 Uhr: Collegium Musicum (2). Leitung: Dr. Alfred Fröhlich. Mozart als Erzieher. 2. Mittelbare und unmittelbare Reiseindrücke Mozarts. Solisten: Anna Ibald (Sopran), Emmy Kreiten-Baribo (Alt), Brunhilde Schneider (Cembalo), Julian Gumpert (Violine). 1. Aus der Don-Quichotte-Suite: a) Ouvertüre, b) Don Quichottes Erwachen — Georg Philipp Telemann (1681—1767) (hrsg. von Gustav Lengewski sen). 2. a) Solfeggio in c-moll — Philipp Emanuel Bach (1714—1788); b) La Xenophone für Cembalo-Solo (Brunhilde Schneider) — Philipp Emanuel Bach (1714—1788). 3. Largo aus dem Orchestertrio in Es-dur — Joh. Friedr. Reichardt (1725—1814), bearbeitet von Paul Klengel. 4. Allegro aus dem Streichquartett in C-dur, op. 5 1 — Franz Xaver Richter (1709—1789), (hrsg. von Paul Mies). 5. Aus dem Orchestertrio in C-dur, op. 1 1 — Johann Stamitz (1717—1757), bearb. v. Hugo Riemann). a) Andante, b) Menuett, Trio. 6. Presto aus der Sonate a tre op. 3 V — Anton Filtz (1735—1760), bearb. von Hugo Riemann). 7. Andantino aus dem Orchestertrio op. 9 1 — Francois Josef Gossec (1735 bis 1829), (bearb. von Hugo Riemann). 8. Allegro aus dem Quartett in e-moll, op. 7 II — Johann Schobert (um 1730 bis 1767), (bearb. von Hugo Riemann). 9. a) Grave aus dem Trio da chiesa in h-moll — Antonio Caldara (1670—1736), (bearb. von Hugo Riemann). b) Arie für Sopran „Alma del Core" aus der Pastorale „La costanza in amor vince l'inganno" — Antonio Caldara (1670—1736). (Anna Ibald.) c) Arie aus einer Solokantate „Bagbe luci ." für Alt- und Violinsolo — Antonio Caldara (1670—1736). (Emmy Kreiten-Baribo, Julian Gumpert.) 10. Minuetto und Alternativo aus dem Divertimento in C-dur — Josef Starzer (1726—1787), (hrsg. von Gustav Lengewski sen.). 11. Aus dem Orchestertrio in Es-dur, op. 1 III — Giov. Battista Sammartini (1704—1774), (bearb. von Hugo Riemann). a) Largo, b) Minuetto. 12. Gavotte — Padre Gnov. Batt. Martini (1706—1784), (bearb. von Hugo Rahnert). — Cembalo: Macndler-Schramm, Flügel: Ibach. * Anschließend: Letzte Meldungen, Sportbericht. * Anschließend Funkwerbung: Mitteilungen aus der Geschäftswelt. * Anschließend bis 24 Uhr: Nachtmusik und Tanz. Leitung: Eysoldt.

Verantwortlich für den Zenoteil für Politik: Chefredakteur Dr. Karl Maier, Dortmund; für Feuilleton: Jos. Hom; für den provinziellen und vermischten Teil: Fritz Schumacher, Dortmund; für den allgemeinen Inseratenteil: J. Sibora, Münster i. W. Druck: „Zeno" Zeitungsverlagsgesellschaft Nordwestdeutschland. G. m. b. H., Münster.

Das Jahresseelenamt

für unsere lieben Eltern

Herrn Heinrich Vallée u.

Frau Franziska geb. Praves

findet statt am Dienstag, dem 27. d. Mts., ½9 Uhr morgens in der St. Georgiuskirche zu Bocholt, wozu wir hiermit freundlichst einladen.

Kavallerie-Verein Borsten und Umgegend

Unser Mitglied

Johann Albers

ist zur großen Armee abgerufen worden. Die Beerdigung findet statt am Dienstag vormittag 8,30 Uhr, vom Sterbehause Blindestr. aus. Antreten der Kameraden 8,10 Uhr im Vereinslokal.

Der Vorstand.

Mütterverein St. Jakobi, Coesfeld

Unser Mitglied

Witwe Elisabeth Welling

Jakobiring, ist gestorben. Die Beerdigung ist am Dienstag, dem 27. November, morgens 8¾ Uhr, vom Sterbehause aus. Es ladet ein

Der Vorstand.

Jagdhund

weiß-braun, auf den Namen Heck hörend, entlaufen. Wiederbringer erhält Belohnung.

Josef Berning, Klinke b. Coesfeld.

„GEATRON"

Pianos

Sprechapparate

Platten

und sämtliche andere Musik-Instrumente erster Weltmarken in größter Auswahl zu den billigsten Preisen.

Musikhaus

Fritz Riesenbeck

Münster i. W., Glaspassage

Eigene Reparaturwerkstatt für alle Musikinstrumente

Erfinder

Vorwärtsstrebende

2000.— Mark Belohnung!

Einzelheiten gratis gegen Rückporto von F. Erdmann & Co., Berlin, Kleinbeerensstraße 26



Den Erfolg

Ihrer Arbeit sichern Sie sich durch die Werbekraft Ihrer Anzeigen in

der „Zeno"

Machen Sie noch heute einen Versuch!



Wir liefern d2112

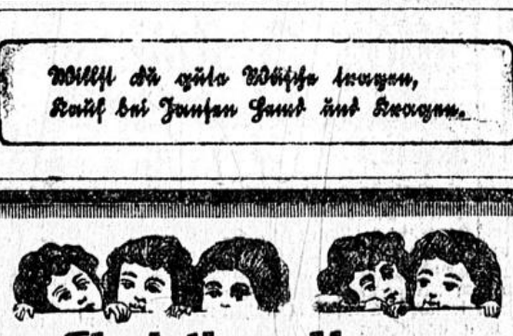
Gleich- und Drehstrom-Motore

neu und gebraucht

Hülsbömer & Weischer, Münster i. W.

Laden Neubrückenstraße 19. Fernr. 2843 Büro, Lager u. Werkstatt Wermelingstraße 9a

Willst du gute Wäsche tragen,
Kauf bei Jansen Faust und Kragen.



Christian Kraus

Münster'sches Wollwarenhaus

Lamberikirchplatz, Frauen- u. Warendorfer Str.

Weiß-, Woll- und Kurzwaren

im besonderen: **Strumpfwaren** (Dauerläufer unerreicht), **Unterzeuge**

Erstlings- und Kindersachen

Büstenhalter, Schürzen, Handschuhe, Röcke, Handarbeiten, Wolldecken, Pullover, Westen.

Geschäftsgrundsatz: Gute Ware - Billige Preise!

d5585



Große Auswahl bei:

OPTIKER

Overhage

Münster

Prinzipalmarkt 3.

Zweiganstalten in:

Essen, Handelshof — Dortmund, Markt 5 — Duisburg, Sonnenwall 21

LADENEINRICHTUNG



STUFENTISCHE-THEKEN-VITRINEN-DEKORATIONSARTIKEL